

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder umgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Anserte für die vierspaltigen Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlung 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Die Friedensliebe des Arbeitgeberschutzverbandes.

Der Kriegsruf, den der Arbeitgeberschutzverband in
berühmten „Kaiserfeller“-Versammlung am 28. De-
ber erschallen ließ, hat die Folgen gezeitigt, die wir
vornherein erwartet haben, die sich aber die Väter der
beschlossenen Resolution schwerlich träumen ließen.
Die Masse der Holzarbeiter ist aufge-
regt; unsere Kollegen allerorts haben begriffen, um
es sich handelt, sie stehen kampfbereit Gewehr bei
Fuß und erwarten den Angriff des Schutzverbandes, um
ihn sofort abzuschlagen. Ob dieser die Feindseligkeiten
aufzuheben wird, zu welchen die „Kaiserfeller“-Resolution
Anlass war? Wir können es abwarten; wir haben
den Kampf nicht herbeigesehnt und sind, wie von Anfang an,
auch jetzt noch bereit, zu einer friedlichen Verständigung
den Hand zu bieten, unter der Voraussetzung natürlich,
dass unseren Kollegen das zugestanden wird, worauf sie
in Betracht der gegebenen Verhältnisse billigerweise An-
sprüche erheben können.

Wir geben gern zu, daß hier der springende Punkt
der ganzen Tarifbewegung zu suchen ist. Ueber das Maß
des, worauf die Arbeiter billigerweise Anspruch erheben
können, gehen die Ansichten der Parteien noch weit aus-
einander, und die Verständigung der örtlichen Instanzen
wird wesentlich erschwert durch die vom Vorstand des Ar-
beitgeberschutzverbandes an seine Ortsverbände gerichtete
Erklärung, Zugeständnisse zu machen. Da
die Unternehmer durch die entschiedene Ablehnung des
Schlichtungsgerichts auch den Weg zu zentralen Verhandlungen
geschlossen haben, so befinden sie sich in einer Sackgasse,
in welcher ein friedlicher Ausweg kaum zu
finden sein dürfte. In dieser wenig beneidenswerten
Lage verfallen die Herren auf die absonderlichsten Ideen.
Die Hoffnung scheint man auf den von einem hervor-
ragenden Führer des Schutzverbandes verfaßten Artikel
der Ueberschrift: „Krieg oder Frieden?“ gesetzt zu
haben, der in Nr. 3 der „Nachzeitung“ abgedruckt ist und
den wir zum Teil schon in unserer vorigen Nummer ge-
bildet haben.

Alle Register werden in dem Artikel gezogen. Selbst-
verständlich erscheinen die Arbeitgeber in ihm als die un-
bedingten Lämmchen, die kein Wasserlein trüben
können. Sie möchten, ach so gern, in Frieden leben, aber
ihnen bösen Arbeiter und ihre noch schlimmeren Organi-
sationen treiben mit ihren fürchterlichen Forderungen die
guten Schutzverbände zur Verzweiflung. Mit
dem Geschick, wie wir gern anerkennen wollen, wird
die Rechnung aufgemacht, in welcher nachgewiesen wird,
auch das allergeringste Zugeständnis für den ehrbaren
Herrnmeister ein schier unerfüllbares Opfer bedeutet.
Schade, daß diese schöne Rechnung den einen Fehler
hat, daß sie nicht stimmt. Dieser Mangel, auf den wir
in der vorigen Nummer hingewiesen haben, ist jeden-
falls auch dem Verfasser des Artikels nicht entgangen,
was tut man nicht um des guten Zweckes willen!
Der Zweck des Artikels ist es, auf die Arbeiter zu
wirken, sie „vernunftgründen“ zugänglich zu machen, oder
vielleicht dem, was die Arbeitgeber vernunftgründe
sind. Aus diesem Grunde haben auch Unternehmer an
verschiedenen Orten die „Nachzeitung“ mit dem erwähnten
Artikel in ihren Werkstätten verteilt. Aber
der Erfolg dieser Maßnahme dürfte, wie schon bei so
vielen Gelegenheiten in der gegenwärtigen Tarifbewegung,
gehörigsten Erwartungen nicht entsprochen haben.

Die Schwäche und die Unsicherheit der Stellung, welche
der Arbeitgeberschutzverband in der gegenwärtigen Tarif-
bewegung einnimmt, tritt wieder in der neuesten Nummer
der „Nachzeitung“ deutlich in Erscheinung. Es scheint,
man auf jener Seite dem Zusammenhalt der Mit-
glieder nicht recht traut, denn man wird sofort verhö-
ren, von den Kleinen und den Großen die Rede ist. Wir
haben in der vorigen Nummer der Ansicht Ausdruck ge-
geben, daß im bevorstehenden Kampf die Kleinen Unter-
nehmer mit den großen gemeinsame Sache machen werden
und unsere Kollegen ermahnt, sich darauf einzurichten,
ihnen die Unternehmer solidarisch gegenüberzutreten.
Die „Nachzeitung“ sieht aber in ihrer Aufregung am hellen
Tag Gespenster und wirft uns vor, daß wir versucht
sind, die Kleinen gegen die Großen aufzuheben!
Zu der vom Schutzverband unermüdet beteuerten
Friedensliebe paßt die Tatsache schlecht, daß er es war,
in einer großen Reihe von Städten den Tarif ge-
stört hat, den unsere Kollegen zu verlängern ge-
wünscht waren. Wir haben schon wiederholt erwähnt, daß

der Schutzverband, um dieses Obium von sich abzuwälzen,
den vergeblichen Versuch gemacht hat, die Vorstände
der Arbeiterorganisationen zur gegenseitigen „freund-
schaftlichen“ Kündigung aller Verträge zu bewegen. Auf
diese Angelegenheit, über welche doch jetzt bei allen we-
sentlichen Klarheit herrschen sollte, kommt die „Nachzeitung“
in ihrer neuesten Nummer wieder zurück und versucht nach-
zuweisen, weshalb der Schutzverband auf der ganzen Linie
kündigen mußte. Der Holzarbeiterverband hätte die Ab-
sicht gehabt, die Städte einzeln abzuschlagen.
Diese schlau ausgeklügelte Taktik des Holzarbeiterverbandes
hat der Schutzverband in seiner Weisheit natürlich sofort
durchschaut, und deshalb mußte er gleich alle Verträge
kündigen. Nicht gerade geschickt ist es, daß die „Nach-
zeitung“ in dem Zusammenhang den Namen des Herrn
Nahardt nennt, denn zum mindesten hat doch dieser ge-
wußt, daß im Jahre 1911 eine große Zahl von Verträgen
abläuft, so daß die in diesem Jahre nicht gekündigten
Verträge von selbst den gleichen Ablaufstermin erhalten
hätten, wie die eben erwähnten. Die uns vom Schutz-
verband unterstellte Taktik hätte also nicht zu dem von ihm
gesürchteten Resultat führen können, und das hat Herr
Nahardt gewiß vorher auch übersehen. Daß daher unsere
Kollegen im gegebenen Augenblick den Arbeitgebern vor-
halten, daß sie es doch selbst waren, die den Vertrag ge-
kündigt haben, kann bei der Sachlage doch wirklich nicht
wundernehmen.

Aber gerade dieses Moment bestätigt wieder das alte
Sprichwort, daß man niemand hinter dem Ofen sucht,
wenn man nicht schon selbst dahinter war. Gerade im
Arbeitgeberschutzverband beabsichtigt man, mit
Bezug auf den Ablaufstermin der Verträge unehr-
liche Schiebungen zu unternehmen. Die treibende
Kraft ist hierbei der Südwestdeutsche Arbeit-
geberverband für das Holzgewerbe und
dessen als Organisator von Niederlagen rühmlichst be-
kannter Geschäftsführer Dr. Reiner.

Wir waren in der Lage, in Nr. 3 der „Holzarbeiter-
Zeitung“ ein von dieser Organisation versandtes Rund-
schreiben zu veröffentlichen, in welchem bei den Unter-
verbänden des Arbeitgeberschutzverbandes dafür Propa-
ganda gemacht wird, den diesmal festzulegenden End-
termin zum Endtermin für alle künftig ab-
zuschließenden Verträge zu machen. Beim
Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes hat dieser
Plan keine Gegenliebe gefunden. Er wies seinerseits in
einem Rundschreiben an seine Unterverbände mit Recht
darauf hin, daß der Mannheimer Plan sich nur unter
Bruch der bestehenden Verträge durchführen
lasse, wozu er, in der Voraussicht der unausbleiblichen
Folgen eines solchen Unterfangens, seine Hand nicht bieten
wolle. Daran knüpfte sich ein sehr gereizter Briefwechsel
zwischen dem Zentralvorstand des Arbeitgeberschutz-
verbandes und dem Ausschuß des Südwestdeutschen Ar-
beitgeberverbandes für das Holzgewerbe. Der letztere
hat schließlich von dem gesamten Briefwechsel allen Unter-
verbänden Kenntnis gegeben. Da diese Korrespondenz
auch für unsere Kollegen nicht ganz bedeutungslos ist,
drucken wir sie nachstehend in vollem Wortlaut ab. Wir
geben uns dabei der Hoffnung hin, daß man uns in den
Kreisen der streitenden Brüder in Berlin und Mannheim
Dank wissen wird für die weite Verbreitung, die wir
auf diese Weise den Klärungsarbeiten geben:

Südwestdeutscher Arbeitgeber-Verband für das Holzgewerbe
Bezirksverband des Arbeitgeber-Schutzverbandes
für das deutsche Holzgewerbe
Geschäftsstelle Mannheim L. 15, 4 part. Geschäftsprokr. 1801.
Mannheim, den 19. Januar 1910.

In die
Unterverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes
für das deutsche Holzgewerbe.
In der Annahme, daß Sie das Rundschreiben des
Arbeitgeber-Schutzverbandes vom 15. Januar bekommen
haben, worin der Schutzverband unserem Antrag, den
wir Ihnen mit Brief vom 7. Januar zur Kenntnis
brachten, die unerhörte Unterstellung machte, wir wollten
den Zentralvorstand zum Bruch bestehender Verträge ver-
anlassen, verweisen wir nochmals ausdrücklich auf unser
Rundschreiben vom 7. ds. und überfenden Ihnen Ab-
schriften der mit dem Arbeitgeber-Schutzverband gepflo-
genen Korrespondenzen vom 6. Januar, 13. und 14. Ja-
nuar und unseres Antwortschreibens vom heutigen auf
das vorerwähnte Rundschreiben zur gefl. Kenntnisnahme,
indem wir uns ganz entschieden gegen derartige falsche
Auslegungen unseres Antrages durch den Zentralvorstand
verwahren. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch
Sie mit einer derartigen Behandlung unseres Antrages
und Rundschreibens an die Unterverbände durch die Zen-

trale nicht einverstanden sind und wären Ihnen im
übrigen für gefl. Mitteilung dankbar, ob Sie es nicht für
notwendig erachten, daß endlich einmal sämtliche Unter-
verbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes einen gemein-
samen Ablaufstermin der Verträge erhalten.

Hochachtungsvoll!
Südwestdeutscher Arbeitgeberverband
für das Holzgewerbe.
Der geschäftsführende Ausschuß.
gez. Otto Jansohn, H. Hoffmann, A. Jafsig.
Anlagen.
G.B.

Abchrift.
Mannheim, den 5. Januar 1910.
An den
Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe,
Berlin C.,
Alexanderstr. 31.

Unsere heutige Delegiertenversammlung befaßte sich
mit den derzeitigen Verhandlungen der Unterverbände
des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holz-
gewerbe wegen Erneuerung der Tarifverträge und der
Sitzung vom 28. Dezember in Berlin und beschloß, un-
verzüglich dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche
Holzgewerbe nachstehenden Antrag schriftlich einzu-
reichen:

„Bei der nächsten Einberufung der an der Erneue-
rung der Tarifverträge interessierten Städte sollen auch
die übrigen zurzeit nicht verhandelnden Unterverbände
des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holz-
gewerbe zu der Sitzung hinzugezogen werden, mit an-
deren Worten, eine Generalversammlung sämtlicher
Unterverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das
deutsche Holzgewerbe einberufen werden. Der diesmal
festzulegende Endtermin der Tarifverträge soll zu einem
Endtermin für alle Unterverbände des Arbeitgeber-Schutz-
verbandes für das deutsche Holzgewerbe bestimmt werden,
damit endlich das gesamte Holzgewerbe Deutschlands zu
einem gemeinsamen Endtermin gelangt. Es müßte also
bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Bedingung der
abzuschließenden Tarifverträge gemacht werden, daß die-
jenigen Städte, welche als Endtermin der Verträge 1911
oder 1912 haben, als Endtermin 1913 bezw. den Termin
erhalten, welcher jetzt festgelegt wird!“

Indem wir hiermit dem Beschluß unserer Dele-
giertenversammlung nachkommen, beantragen wir bei
Ihnen, vorstehendem Antrag zu entsprechen und diesen
auf die Tagesordnung der einzuberufenden Generalver-
sammlung zu setzen.

Hochachtungsvoll!
Südwestdeutscher Arbeitgeberverband
für das Holzgewerbe.
gez. Direktor Hoffmann, Dr. Reiner.

Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe,
Berlin C., den 13. Januar 1910.
Einschreiben!
Herrn Direktor H. Hoffmann,
Mannheim.

Sehr geehrter Herr Direktor!
Wie Sie aus der beiliegenden neuesten Nummer der
„Holzarbeiter-Zeitung“ zu ersehen belieben, ist der von
Ihrem verehrlichen Verband gestellte Antrag auf eine
eventuelle Einberufung einer Generalversammlung und
Festlegung der Ablaufstermine bereits darin zum Ab-
druck gebracht.

Wir erlaubten uns, Ihnen bereits bei Ihrem letzten
Hiersein Mitteilung davon zu machen, daß die gesamte
Korrespondenz zwischen Ihrem Verband und uns dem
Holzarbeiterverband zugegangen sei; als erneuter Beweis
gilt der Abdruck Ihres Antrages.

Aus diesem Anlasse sieht sich der geschäftsführende
Vorstand genötigt, die Korrespondenz mit dem dortigen
Bureau so lange einzustellen, bis uns Garantien gegeben
sind, daß ein derartiger Vertrauensbruch nicht wieder
vorkommen kann.

Wir werden in Zukunft die gesamte Korrespondenz
an Ihre werthe Adresse richten. Zu gleicher Zeit gestatten
wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß in der gestern statt-
gehabten Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der
von Ihnen gestellte Antrag auf Einberufung einer
Generalversammlung abgelehnt worden ist. Es wird sich
bei unserer nächsten Generalversammlung Gelegenheit
finden, auf Ihren weiteren Antrag, den Ablaufstermin
1913 als „endgültigen Ablaufstermin“ festzusetzen, noch-
mals in persönlicher Aussprache zurückzukommen.

Hochachtungsvoll!
Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes
für das deutsche Holzgewerbe.
gez. J. A. Th. Schwente.

Mannheim, den 14. Januar 1910.

III. Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Berlin NO.

Wir bestätigen den Empfang Ihres Telegramms vom 11. I. und Ihres Briefes vom gleichen Datum und teilen Ihnen unter Bezugnahme auf unser abgedrucktes Schreiben mit, daß es ganz unbedenklich ist, daß Abschriften von Korrespondenzen von unserem Bureau aus dem Holzarbeiterverband übermittelt werden könnten. Der Artikel, den die „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 13. I. veröffentlicht, bringt übrigens eine Abschrift unseres Schreibens an Sie. Die Vermutung liegt daher wohl näher, daß durch Indiskretion oder Nachlässigkeit eines Ihrer Unterverbände jener Brief an die Öffentlichkeit kam. Selbstredend sind wir sofort in Untersuchung über die Angelegenheit eingetreten, wer eventuell der Urheber der Indiskretion sein könnte. Auf dem Bureau ist sogar gegen familiäre Verantw. die Klärung ausgesprochen worden, obwohl wir nach wie vor fest daran halten, daß die uns zugeschobenen Indiskretionen nicht in unserem Bureau passieren könnten. Wenn dies nicht zuträfe, dann müßten doch auch ebenso wichtige Akten anderer Verbände, deren Geschäftsführer Herr Dr. Kellner ist, zur Veröffentlichung gelangt sein. Ein dergleichen Fall liegt aber nicht vor.

Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung müssen wir Sie ersuchen, sämtl. Korrespondenzen in Zukunft an unsere Geschäftsstelle zu richten und geben Ihnen anheim, falls Sie es für nötig halten, die Korrespondenzen eingeschrieben zu behandeln. Unsererseits wird Vorsorge getroffen, daß unsere Korrespondenzen unter strenger Verschluß kommen.

Hochachtungsvoll

Südwestdeutscher Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.

gez. H. Hoffmann. Dr. Kellner.

Mannheim, den 18. Januar 1910.

Im den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Berlin C. 25, Alexanderstraße 31.

Ihr Mundschreiben vom 15. d. M. ist uns nichts weniger als verständlich. Es kommt uns vor, als ob Sie weder unser Schreiben vom 7. d. M. noch unser Mundschreiben an die Unterverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes vom gleichen Datum mit nur einiger Aufmerksamkeit gelesen haben, sonst könnten Sie nicht zu der vollständig unüberlegten Behauptung kommen, unser Antrag wolle den Zentralvorstand zum Bruch der bestehenden Verträge veranlassen, eine Auffassung, zu der nicht einmal der Holzarbeiterverband bzw. die „Holzarbeiter-Zeitung“ und die sozialdemokratische Presse gekommen ist.

Es nimmt uns daher den Anschein, daß Sie unserem Briefe absichtlich eine andere Auslegung gegeben haben, um einen Grund zu haben, uns bei den anderen Unterverbänden zu diskreditieren. Unser Antrag beschäftigt doch klar und deutlich, daß diejenigen Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes, deren Verträge 1911 oder 1912 ablaufen, die Zustimmung erlangen, daß nach Ablauf dieser Verträge der neu abzuschließende Vertrag 1913 endet bzw. evtl. verlängert wird, und um dies zu erreichen, sollte der Zentralvorstand nach Genehmigung unseres Antrages durch die Generalversammlung die bisbezügliche Forderung dem Holzarbeiterverband gegenüber aufstellen und ihre Erfüllung bei den jetzigen Verhandlungen zur Bedingung des Abschlusses der neuen Verträge machen.

Daß der Holzarbeiterverband nicht so ohne weiteres auf eine Verlängerung der Verträge eingeht, wissen wir genau. Dazu sind wir aber zentralorganisiert, damit bewährte Ziele erreicht werden. Wir wüßten sonst wirklich nicht, was der Zentralverband für einen Sinn hätte, wenn er nicht im Interesse der Gesamtheit des deutschen Holzgewerbes arbeiten und nur die Wünsche des Gegners erfüllen wolle. Denn dieser hat an einer Trennung des deutschen Holzgewerbes durch Schaffung verschiedener Ableufstermine das

größte Interesse und weiß Ihnen gegenüber geschickt zu verhindern, daß das Holzgewerbe in seiner Gesamtheit dem Arbeiterverband gegenüber geschlossen auftritt. Diesem Bestreben des Holzarbeiterverbandes gegenüber die geeigneten Gegenmittel zu finden, wäre Ihre Aufgabe. Statt dessen weisen Sie die Nationalität, mit denen der Weg hierzu gefunden werden könnte, als absurd zurück und verneinen vollständig Ihre eigenen Ziele und Aufgaben.

Unserer ist des weiteren der Vorwurf, daß wir ohne daß Sie davon Kenntnis in Händen haben, das Mundschreiben an Ihre Unterverbände nicht direkt behandelt hätten. Das wäre Ihre Pflicht gewesen, sofort ein Mundschreiben an Ihre Unterverbände zu richten und sie wegen der Veröffentlichung jenes Mundschreibens um Aufklärung zu ersuchen, anstatt diesen Vorwurf an eine Stelle zu richten, die keine Veranlassung hat, Indiskretion vorzugehen. Wir haben gerichtliche Schritte eingeleitet, um den Urheber jener Veröffentlichung zu ermitteln, da Sie den richtigen Weg hierzu nicht zu finden wissen. Mit genau demselben Recht können wir behaupten, daß die Indiskretion in Ihrem Bureau vorgekommen ist. Wie werden Sie sich in diesem Falle zu dieser Verschuldung stellen?

Ferner behaupten wir und ganz entschieden dagegen, daß unser Verband nicht dazu befaßt sei, in der augenblicklichen Tarifbewegung mit seiner Stimme laut werden zu lassen, anderenfalls wir uns nicht mehr als Mitglieder Ihres Verbandes zu betrachten brauchen.

Abschritt dieses Briefes, in dem wir uns ganz entschieden gegen Ihre Unterstellung verwehren, haben wir Ihren Unterverbänden zur Kenntnis gebracht.

Was die Salusführung bezüglich unseres Verbandes angeht, so ersuchen wir Sie letztendlich bringend, die Korrespondenzen an unser Bureau zu richten und beziehen uns auf unser Schreiben vom 14. d. M., anderenfalls wir die Annahme der Verleumdung verweigern.

Hochachtungsvoll

Südwestdeutscher Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe.

gez. H. Hoffmann. gez. H. Jägg. gez. Otto Jansohn.

Dieser Briefwechsel ist in mancher Beziehung lehrreich. Wir erfahren aus ihm nicht nur, welche angenehmer Ton in den Auseinandersetzungen zwischen den Instanzen des Schutzverbandes gepflegt wird, sondern haben auch Gelegenheit, die Einigkeit zu bewundern, die in der Organisation der Unternehmer herrscht. Aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen. Die Meinungsverschiedenheit betrifft nur die Frage, in welcher Weise der Holzarbeiterverband am besten mitzugehen ist. In diesem Ziele selbst sind alle Organe einig, und wenn es zum Kampfe kommt, werden sie sich wieder vertragen. Wie stark die Strömung im Schutzverband ist, die uns unter allen Umständen in einen Kampf verwickeln und uns, sei es auch unter Bruch der geltenden Verträge, den lang ersehnten Reichstaxi aufzwingen will, läßt sich nicht ohne weiteres beurteilen. Jedenfalls ist eine solche Strömung vorhanden, und sie ringt nach Anerkennung.

Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn uns der Arbeitgeberschutzverband mit seinen Friedensbetreibungen kommt. Der Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes sucht zurzeit noch den entgegenzusehen; wie lange dieser Widerstand vorhält, steht aber noch dahin. Vergleicht man die Haltung des Schutzverbandes zu Beginn der Tarifbewegung mit seiner Stellungnahme nach der „Kaiserlicher“-Versammlung am 28. Dezember 1909, dann erkennt man daraus, daß er der scharfmacherischen Strömung im Schutzverband, die es zum Kampfe treibt, sehr leicht nachgibt.

Die definitive Entscheidung steht jetzt unmittelbar bevor. Die auf den 20. Januar angesetzte Versammlung

der Städtevertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist auf den 20. Januar verschoben worden. Diese Versammlung ist von großer Bedeutung für die gesamte Holzindustrie. Hier muß der Schutzverband Farbe bekennen; er steht vor der Wahl, ob er auf der Bahn, die er am 28. Dezember betreten hat, fortzuschreiten und die Feindseligkeiten eröffnen, oder ob er noch im letzten Augenblicke eintreten will. Wir haben auf die Beschlüsse, die bereits gefaßt sind, wenn diese Zeitung in die Hände der Leser kommt, keinen Einfluß, aber wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Treibt es der Arbeitgeberschutzverband zum Kampfe, dann wird er sich die Folgen selbst zuschreiben haben.

Was die Holz- und Musikinstrumenten-Berufsgenossenschaften im Jahre 1908 in der Kontrolle der Betriebe geleistet haben.

Der 2. Jahrgang der Berichte, die die gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung erstattet haben, ist etwas früher als der 1. Jahrgang erschienen. Das ist erfreulich, muß aber noch besser werden. Hoffentlich wird es das Reichsversicherungsamt erreichen, daß es die Berichte unmittelbar nach dem Ablauf des Berichtsjahres herausgeben kann. Denn je früher die Berichte bekannt werden, mit um so größerem Nachdruck kann die Kritik einsehen. Und das ist sehr notwendig.

Schon der erste Blick auf die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften zur Verhütung der Betriebsunfälle bietet uns ein wenig erfreuliches Bild. Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften betrug

Table with 3 columns: im Jahre 1908 bei der, die Gesamtzahl der, die Ausgaben für die Verhütung der Betriebe. Rows include Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, Bayerische, Südwestdeutsche, Sächsische, and Musikinstrumenten-Berufsgenossenschaft.

Wahrscheinlich verwenden die angeführten Berufsgenossenschaften nur einen geringen Teil ihrer Gesamtausgabe für Hebung der Betriebe. Weshalb das? Können sie mit einem so geringen Aufwand die bei ihnen versicherten Betriebe in genügendem Maße kontrollieren lassen? Darüber gibt uns die folgende Zusammenstellung nach den Berichten der Berufsgenossenschaften Auskunft:

Table with 4 columns: Berufsgenossenschaft, betriebl. Betriebe, kontrollierten Betriebe, im Verhältnis zu den betriebl. Betr. Rows include Norddeutsche Holz, Bayerische Holz, Südwestdeutsche Holz, Sächsische Holz, and Musikinstrumenten.

Das günstigste Verhältnis finden wir bei der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft mit 81,33 Proz. Das zu aber heißt es, daß zu den versicherten Betrieben 4002 Kaufsreierereien im Handbetriebe nicht gerechnet seien. Selbst wenn wir diesen Umstand außer Betracht lassen, bleibt die Tatsache, daß auch diese Berufsgenossenschaft nur ein Drittel der versicherten Betriebe kontrollieren läßt und

Warum eifliche Meister die Schulen bekämpfen.

Von Robert Dreuer.

Ich greife aus einer Schaar ähnlicher Nachrichten diese drei: 1. Bei der Handelskammer zu Aachen beschwert sich die Pflichtfortbildungsschule darüber, daß viele Industriellen den Fortbildungsschulpflichtigen Arbeitern kündigen. Die Verhandlungen ergaben, daß die Kammer gegen solches Vorgehen der Unternehmer machtlos sei. 2. Aus Trier wird berichtet, daß viele Gewerbetreibenden die Annahme eines Arbeits- oder Laufburschen rückgängig machen, wenn sie herausstellt, daß der junge Mensch die Fortbildungsschule noch besuchen muß. 3. Die Stadt Halle will für die Lehrlinge der Versicherungsgehilfe den kaufmännischen Fortbildungsanterricht einführen. Schon vorher haben Kaufmänner versucht, diese Kategorie der Lehrlinge (die selbstverständlich nicht zu den kaufmännischen Lehrlingen fortbildungspflichtig zu machen. Diese Lehrlinge würden in jeder Hinsicht jedesmal an dem Widerspruch einzelner Versicherungsgesellschaften scheitern.

Solcher Art ist der kapitalistische Hintergrund, gegen den die Agitation der Meister in Sachen der Schule bekräftigt sein will. Hier liegt der Hebelpunkt alles Widerstandes: der Verzicht an der Arbeitskraft des Jugendlichen. Die Unbequemlichkeit, die der innerhalb der Arbeitszeit gelegene Schulunterricht mit sich bringt, die Unbequemlichkeit der Hebung, des Schulgeldzahlens und der eventuellen Bestrafung.

Wir wollen diese Sachlage in ihrer vollen Realität doch nicht aus dem Auge verlieren; nur an ihr gemessen, können die verheißenen Tugenden der Meisterdemagogie richtig eingeschätzt werden. Sie wollen sich denken, die Arbeitgeber. Sie setzen sich gehindert, nach wie vor Handb. an der Lehrlinge zu treiben. Darum schlagen sie Lärm und legen: die Schule sei eine Gefährdung des Handwerks und ein Effizienzverlust.

Kürzlich hatten wir wieder einmal das Vergnügen, solch einen Lärmstörer anhören zu müssen. Der hiesig bekannte Holzzeichner Stimmel fand sich bemüht, im Verein für Gewerbeleiß einen Vortrag über die Lebensfragen des Kunstgewerbes zu halten. Ihm gipfeln diese besagten Lebensfragen im Kampf gegen die moderne Bewegung, gegen die Gewerbeleiß und gegen die Schule. Man braucht solcher Torheit nicht achten, wenn nicht dieser Herr Stimmel mit jeglichen Mitteln sich bei hoch und niedrig als eine für das Handwerk kompetente Stelle gerieren würde. Erst kürzlich hat er seine froherne Rede, die er auf der letzten Jahresversammlung des Fachverbandes hielt, an alle deutschen Zünfte, und weiß Gott an wen noch, verschicken lassen. Es ist selbstverständlich, daß weite Kreise durch solche Agitation verwirrt werden. Darum ist es notwendig, immer wieder die wahre Basis, auch der Stimmelschen Mitreden, aufzudecken. Sie ist nicht anders geartet als die aller Meisterausfälle gegen soziale Neubildungen; sie wird durch die drei Episoden auch Aachen, Erfurt und Halle zur Genüge erläutert.

Herr Stimmel pflegt sein Ideal: eine feste Harmonie zwischen Meistergesellen und Lehrlingen. Die Werkstatt autonom, der Meister Autokrat. Dann glaubt er, werden alle Mitleid das Handwerk verlassen, die Lehrlinge herrlich gedeihen, die besten Familien sich nach solchen Lehrstellen die Haken ablaufen. Während Herr Stimmel mit so rosigem Herzen die Aussichten seiner Einsichten schildert, vergeht er nicht, daß von den zwanzigtausend Berliner Tischlermeistern die Mehrzahl es jüngerer hätte als ihre Gesellen; daß wiederum die Mehrzahl dieser Meister defizient, ungebildet und zur Lehrlingshaltung unfähig sei; daß zum Meister und Lehrlingshalter Kapital und Bildung gehöre. Herr Stimmel scheint demnach nur der Wortführer einiger großer Betriebe zu sein. Er markiert aber ein Mandat der gesamten Tischlermeister, ja des gesamten Handwerks. Große Betriebe können, sofern sie moralisches Verant-

wortlichkeitsgefühl und hinlängliche handwerkliche und kaufmännische Intelligenz besitzen, der öffentlichen Schulen dann entbehren, wenn sie eigene Fabrikschulen einführen. Das ist oft genug gesagt, hier und da auch in die Praxis überführt worden. Mit der Allgemeingültigkeit der Schulfrage haben diese Ausnahmen aber nichts zu tun, dienen ihr vielmehr zur Bestätigung. Es muß Herrn Stimmel am guten Willen oder an der Logik fehlen, daß er nicht einsehen, wie gerade seine eigene Schilderung des Handwerks das Eingreifen des Staates und der Gemeinde fordert. Das Handwerk wird eben erst dann guten Nachwuchs bekommen, wenn es sich wirtschaftlich gewandelt hat, wenn es wirtschaftlich gesund geworden ist. Wirtschaftlich gesund aber wird das Handwerk nicht ohne Leistungsfähigkeit des Nachwuchses. Solchen leistungsfähigen Nachwuchs können die meisten der heutigen Betriebe nicht liefern. Darum muß, um des Handwerks willen, die öffentliche Schule den Handwerksmeistern mancherlei Schmerzen bereiten.

Herr Stimmel ist der umgekehrten Meinung; er meint, daß ein kranker Mann am schnellsten gesund würde, wenn er recht viele bittere Unbescholtene aufstede. Er wird solchen Unsinn nun aber nicht mehr allzumal vorbringen können. Die vernünftigen Meister sind mittlerweile denn doch dieses ewigen Behagens gegen die Schule müde geworden. Die Antischuldemagogie beginnt auf Widerstand zu stoßen. Vor allem haben die Schulmänner begriffen, daß es ihre Pflicht ist, den pädagogischen Anarchisten entgegenzutreten. Herr Stimmel wurde nach seiner Rede im Verein für Gewerbeleiß einigermassen übel zugerichtet. Ein halbes Dutzend Redner aus allen Lagern trat auf den Plan und erledigte die geschwollenen Kombinationen des selbstbewußten Holzzeichners. Dies muß festgehalten werden, damit alle, die von Meister Stimmel angeleitet werden, rechtzeitig erfahren, wie windig es um die Pflüchlichkeit dieses Todfeindes aller und jeder Schule überhaupt bestellt ist.

Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbändemitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugug ist ferngehalten von:
- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lauben (Waggonfabrik), Bremen-Semelingen (Wohmann), Düsseldorf (Schönfeld), Halle t. Westf. (Zerpel), Götha a. M., Langenhorn, Neuh. j. L., Rudenwalde, Reichenbrunn i. Thür., Reichenhausen, Schweiningen i. W. (Waldfabrik Rauffer), Sommerfeld, Wernemünde (Dlöff), Zuffenhausen (Wöhl), Horgen-Glarus in der Schweiz.
 - Korbmachern nach Corbeta, Halle a. S. (Santbach), Stettin (Lunberg).
 - Drehlern nach Rudenwalde.
 - Stellmachern nach Lauben (Waggonfabrik).
 - Pollerern nach Rudenwalde.
 - Parfettlegern nach Berlin, Hannover (Norddeutsche Parfettfabrik).

nicht weniger als zwei Drittel der versicherten Betriebe ohne jede Kontrolle geblieben sind. Bei den anderen Berufs-genossenschaften ist das Verhältnis noch ungünstiger, zum Teil noch viel ungünstiger. Wie alle versicherten Betriebe einmal kontrolliert worden sind, damit es demnach in den einzelnen Berufs-genossenschaften 1, 3, 10 und noch mehr Jahre. Das ist geradezu ein Wahn auf eine ernstliche Kontrolle. Notwendig ist es, daß jeder Betrieb mindestens einmal alljährlich beaufsichtigt wird. In vielen Betrieben genügt auch dieses nicht. Hier ist notwendig eine Kontrolle in der Hochsaison, wenn die Arbeit möglichst beschleunigt wird, ferner im Winter, wenn geheizt und bei Licht gearbeitet werden muß. Endlich sind die Betriebe, in denen schwere Mängel sich gezeigt haben, wiederholt zu revidieren, um festzustellen, ob die notwendigen Verbesserungen durchgeführt sind. Von alledem ist in den Berufs-genossenschaften gar keine Rede.

Gegen das Vorjahr sind in dem Verhältnis der Zahl der revidierten Betriebe zu der Zahl der vorhandenen Betriebe nur unbedeutende Verbesserungen eingetreten. In der Bayerischen Holzberufsgenossenschaft ist der Satz von 10,48 auf 11,60 und in der Schwäbisch-Deutschen Holzberufsgenossenschaft von 20,08 auf 21,88 gestiegen. In der Berufs-genossenschaft der Musikinstrumentenindustrie ist er von 27,70 auf 24,40 und in der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft von 8,30 auf 7,72 gefallen. Bedeutend ist die Veränderung nur in der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft. Hier ist der Satz von 14,04 auf 20,19 und die Zahl der revidierten Betriebe von 609 auf 844 gestiegen. Das ist um so auffällender, da diese Berufs-genossenschaft nur einen technischen Aufsichtsbeamten hat und, wie es in dem Bericht der Berufs-genossenschaft ausdrücklich heißt, „Veränderungen“ (Veränderungen?) in der Organisation des Aufsichtsdienstes nicht eingetreten sind. Trotzdem bemängelt sich die Berufs-genossenschaft in ihrem Bericht mit der Bemerkung hierüber: Die Revisionsstätigkeit hat im Berichtsjahre wesentlich gesteigert werden können. Wie das möglich war, ohne daß der Beamte seinen anderen Arbeiten entzogen werden konnte, wird mit keinem Worte angedeutet. Das ist bezeichnend für die Gründlichkeit, mit der die Berufs-genossenschaft ihren Bericht abgefäht hat.

- Das Ergebnis der Besichtigungen zeigt folgende Zusammenstellung. Von den besichtigten Betrieben wurden in der
- Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft: 1209 beanstandet, 2104 nicht beanstandet;
 - Bayerischen Holzindustrieverberufsgenossenschaft: 732 beanstandet, 147 nicht beanstandet;
 - Sächsischen Holzberufsgenossenschaft: 641 beanstandet, 203 nicht beanstandet.
- Selbst in der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft ist die Zahl der Betriebe, in denen Mängel gefunden wurden, recht groß, größer als ein Drittel aller revidierten Betriebe. In den beiden anderen Berufs-genossenschaften aber waren sogar drei Viertel und vier Fünftel aller revidierten Betriebe nicht in Ordnung. Dabei zeigten viele der revidierten Betriebe eine lange Reihe von Mängeln.
- In Unfalluntersuchungen haben die technischen Aufsichtsbeamten der
- Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft bei 3057 Unfällen in 7 Fällen;
 - Bayerischen Holzindustrieverberufsgenossenschaft bei 738 Unfällen in keinem Falle;
 - Schwäbisch-Deutschen Holzberufsgenossenschaft bei 706 Unfällen in 24 Fällen;
 - Sächsischen Holzberufsgenossenschaft bei 460 Unfällen in 24 Fällen;
 - Musikinstrumentenindustrieberufsgenossenschaft bei 210 Unfällen in keinem Falle teilgenommen.

Zum Vergleich haben wir die Zahl der Unfälle herangezogen, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind. Hätten wir die Zahl der angemeldeten Unfälle angeführt, dann wäre das Verhältnis noch viel größer.

Unsere Zusammenstellung beweist, daß die Berufs-genossenschaften nur in ganz vereinzelten Fällen ihre technischen Aufsichtsbeamten zu den Unfalluntersuchungen einschicken. Und doch wäre es im Interesse der Unfallversicherung zu wünschen, daß die Beamten sich an den Unfalluntersuchungen viel häufiger beteiligten. Das durch könnte mancher Mangel aufgeklärt werden, den die Unternehmer leicht vermissen, wenn kein Sachverständiger zugegen ist. Außerdem würden die Beamten manchen wichtigen Einblick in die Verhältnisse der ihrer Aufsicht unterstellten Betriebe erlangen.

Die Sächsische Holzberufsgenossenschaft berichtet: Der technische Aufsichtsbeamte habe sich an den Unfalluntersuchungen in solchen Fällen beteiligt, die wegen ihrer Eigenart, Unklarheit, wegen vermuteter mangelhafter Betriebs-einrichtungen oder wegen grober Verstöße gegen die Unfall-verbütungsvorschriften seine Anwesenheit notwendig erscheinen ließen. Derartige Fälle kommen aber viel häufiger vor, als nach der tatsächlichen Beteiligung der Beamten an den Unfalluntersuchungen anzunehmen ist. Die Bayerische Holzindustrieverberufsgenossenschaft behauptet sogar, daß ihr technischer Aufsichtsbeamter zur Unfalluntersuchung keine Gelegenheit gehabt habe. Sie beschränkt sich damit, daß der Beamte sämtliche Unfall-angelegenheiten durchsieht, um etwaige Verstöße der Unternehmer und der Arbeiter festzustellen und die Abstellung von Mängeln zu veranlassen, sowie Material für künftige Revisionen zu sammeln und die Haftbarmachung der Unternehmer zu veranlassen. Diesen Trost zeigt aber in seiner ganzen Nichtigkeit die Schwäbisch-Deutsche Holzberufsgenossenschaft. Sie bemerkt in ihrem Bericht u. a.: „Die Angaben in den Unfallanzeigen über den Hergang (bei den Unfällen) sind teilweise sehr dürftig, ein Mangel, der auch einer großen Zahl von Untersuchungsprotokollen anhaftet.“ Demnach können die Beamten aus den Unfallanzeigen nicht viel Wertvolles entnehmen.

Es bleibt dabei, daß die Berufs-genossenschaften viel mehr technische Aufsichtsbeamten einstellen müßten, wenn sie eine ernstliche Kontrolle durchführen wollten. Dann würden freilich auch die Unkosten dafür größer werden. Aber der Schutz von vielen tausenden Arbeitern vor den Gefahren ihrer Arbeit darf nicht aus — Sparsamkeit vernachlässigt werden. Denn die große Zahl der verunglückten Arbeiter ist die unverantwortlichste Verschwendung.

Aus der Schweiz.

Z. Die in den letzten Jahren in der schweizerischen Holzindustrie, speziell im Schreinerergewerbe, zwischen Arbeit und Kapital geführten Kämpfe hatten verschiedene Prozesse zur Folge, deren Ausgang beachtenswert ist.

So hatte es im Vaster Schreinerstreik Mühseliges gegeben, die zwar den Verpflichtungschein zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 100 Frank für den Fall des Streikbruchs unterzeichnet, aber offenbar geglaubt hatten, daß sie ihre „gute Tat“ als Streikbrecher der Erfüllung der Vertragspflicht überheben würde. Es kam aber anders. Der schweizerische Holzarbeiterverband verklagte drei Streikbrecher auf Zahlung der Konventionalstrafe von je 100 Frank, wogegen sich die Herren Klaus-reicher mit allen Kräften wehrten, aber ohne Erfolg. Das Gericht anerkannte grundsätzlich die Zahlungspflicht und billigte den Verurteilten nur mildernde Umstände zu, worauf es sie zu 30 Frank und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilte. Ähnliche Urteile hat gerade das Vaster Gericht in den letzten Jahren wiederholt gefällt, aber in den meisten Fällen die Streikbrecher zur Zahlung der vollen Konventionalstrafe verurteilt.

In Zürich und Bern klagen die Schreinermeister-organisationen gegen einzelne Meister, die nicht die Aussperrung mitgemacht hatten. Die Meister hatten aber damit aus verschiedenen Gründen kein Glück und wurden mit ihren Klagen abgewiesen. Statt die geforderten respektablen Summen zu erhalten, mußten die Meister-organisationen die Prozesskosten und den verurteilten Meistern erhebliche Entschädigungen zahlen.

Die Züricher Sektion der Genossenschaft (Arbeits-gewerverband) schweizerischer Schreinermeister und Möbel-fabrikanten war durch alle Instanzen hindurch bis zum Bundesgericht gegangen, um den beiden Firmen Sinnen u. Cie. und Theophil Gimmen einige tausend Frank für ihre Kriegskasse abzuknöpfen. Sie sollten die in den Statuten vorgesehene Konventionalstrafe von je 500 Frank und außerdem für jeden beschäftigten Arbeiter noch je 50 Frank bezahlen, weil sie die Aussperrung nicht mit-gemacht hatten. Die beklagten Firmen verweigerten die Zahlung mit der Begründung, daß nach den Statuten kein für alle Mitglieder verbindlicher Aussperrungsbeschuß gefaßt werden könne. Dieser Standpunkt ist nun von der Mehrheit des Bundesgerichtes gestützt und damit also das Urteil des Züricher Obergerichtes bestätigt worden.

Die Abweisung ihrer Klagen mit bedeutender Kosten-folge ist für die Schreinermeister ein schmerzliches Lehrgeld, aus dem sie wohl Lehren ziehen und davon die praktische Anwendung machen werden. Konstatiert sei noch, daß die schweizerische Schreinermeisterorganisation ebenso wie die übrigen Unternehmerverbände selbst-verständlich einen Juristen, den Advokaten Dr. Zürcher in Luzern, zum Sekretär haben, der sie nun nicht vor einem großen Meisfall zu bewahren vermochte. Da fahren die Gewerkschaften mit ihren aus den eigenen Reihen hervorgegangenen Sekretären besser, die ja in der Regel in den Streitfragen der wirtschaftlichen Kämpfe den ge-lehrten bürgerlichen Paragrafenmenschen überlegen sind.

In jüngster Zeit sind erfreuliche Fortschritte auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung gemacht worden. Es ist im Kantone Genf vom Großen Rat auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion folgendes Gesetz beschloffen worden:

Art. 1. Der Staat garantiert während zehn Jahren den Vereinigungen, Gewerkschaftsorganisationen oder Berufs-korporationen, die eine Arbeitslosenversicherung führen, eine Entschädigung von 60 Proz. der an ihre Mitglieder ausbezahlten Unterstufungen.

Art. 2. Diejenigen Vereinigungen sind bezug-berberechtigt, welche dafür einkommen und gegenwärtiges Gesetz anerkennen.

Art. 3. Die Vereinigungen haben sich jährlich an einem vom Regierungsrate festgesetzten Datum auf der Staatskanzlei einzuschreiben. Ebenso ist dort ein Exemplar ihrer Statuten und Reglemente über ihre Arbeits-losenversicherung zu deponieren.

Art. 4. Auf den Zeitpunkt der Einschreibung auf der Staatskanzlei müssen die Vereinigungen im Handels-register eingetragen sein.

Art. 5. Die Vereinigungen sind gehalten, für die Arbeitslosenversicherung separat Buch zu führen.

Art. 6. Die Staatssubvention darf für dasselbe Mit-glied nur für 60 Tage innerhalb eines Jahres ausbezahlt werden, und nur diejenigen Arbeitslosen, die sich während eines Jahres im Kantone Genf aufhalten oder einer schweizerischen Arbeitslosenkasse angehören, sind unter-stufungsberberechtigt.

Bei Streit, Krankheiten oder Unfall wird keine staat-liche Unterstufung ausbezahlt.

Art. 7. Die Staatssubvention wird nach Quartals-abschluß bei Vorweisung der Belege über die verabsolgteten Unterstufungen ausbezahlt. Die vorzulegenden Berech-nungen sind jeweils durch eine Generalversammlung der Vereinigung genehmigen zu lassen.

Art. 8. Der Staat liefert sämtliche nötigen Formu-lare und Kontrollscheine.

Art. 9. Vereinigungen, deren Statuten Schweizer-bürger ausschließen, haben auf die Vorteile des vorliegen-den Gesetzes kein Anrecht.

Es handelt sich also hierbei nur um die Einführung des Genfer Systems, das sich in der Praxis so machen wird, daß z. B. zu einer täglichen Arbeitslosenunter-stufung von 2 Frank durch die Gewerkschaft ein Staats-beitrag von 1,20 Frank kommt, wodurch die Gesamtunter-stufung auf 3,20 Frank kommt, die annehmbar ist. Nach § 6 ist jedes unterstufungsberberechtigte Mitglied eines ge-werkschaftlichen Zentralverbandes in der Schweiz, das in Genf wohnhaft ist und arbeitslos wurde, berechtigt, den Staatsbeitrag von 1,20 Frank pro Tag zu verlangen. Für den Anfang kommen circa 2000 Arbeiter in Betracht, deren Zahl im Laufe der Zeit noch steigen wird. Un-angenehm ist der Zwang zur Eintragung ins Handels-register, wovon sonst die schweizerischen Gewerkschaften im allgemeinen mit Recht nichts wissen wollen. Immerhin kann es sich dabei nur um die Zahlstellen der Zentral-verbände im Kantone Genf handeln.

Der Kanton Basel hat ebenfalls die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung beschloffen, aber unter Annahme der beiden Systeme, des Genfer und des Berner, wovon letzteres in der direkten Unterstufung der arbeitslosen Mitglieder einer kommunalen Arbeitslosen-kasse besteht. Seit längerer Zeit schon ruhten im Schöße einer besonderen Kommission des Großen Rates zwei be-zügliche Gesetzesentwürfe der Regierung, die dieser nun durch ein stimmige Annahme erledigt hat. Der eine Gesetzesentwurf betraf die Errichtung einer staatlichen Ar-beitslosenkasse für die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter, der andere die staatliche Unterstufung der ge-werkschaftlichen Arbeitslosenversicherung. Aus Zweck-mäßigkeitsgründen wurde nun beschloffen, beide Vorlagen in einem Gesetze zu vereinigen, das nun versuchsweise für die Dauer von drei Jahren gelten soll, um dann je nach den gemachten Erfahrungen die Einrichtung zu einer dauernden zu machen oder wieder aufzuheben. Der Jahres-kredit wurde von 30 000 Frank auf 85 000 Frank erhöht. Eine Verschlechterung wurde beschloffen in Sachen der Unterstufung ausgesperrter Arbeiter, die nun nach dem Gesetz nur erfolgen soll, wenn der Aussperrung nicht Streit oder Sperr vorangegangen ist, was bekanntlich in den meisten oder allen Fällen vorzukommen pflegt, so daß die Unterstufung ausgesperrter Arbeiter mit staatlicher Hilfe sehr selten oder nicht vorkommen dürfte. Ab-gesehen wurden Anträge betreffend Ausschluß der ge-werkschaftlichen Arbeitsnachweise und obligatorische Ein-tragung der Gewerkschaften ins Handelsregister. Wie sich die Verbindung der beiden Systeme — des Genfer und des Berner — in einem Gesetze in der Praxis machen und wie sie namentlich auf die Weiterentwicklung der Gewerkschaften wirken wird, darauf darf man bei diesem Experiment in der Tat gespannt sein. Das ganze Projekt ist die Arbeit unseres Genossen Regierungsrat Wall-schleger, also wie alle Gesetze zugunsten der Arbeiterklasse — positive sozialdemokratische Arbeit.

Nun ist von bürgerlicher Seite auch ein besonderes schweizerisches Komitee gebildet worden zur Förderung der Arbeitslosenversicherung, die bis jetzt mit der einzigen Ausnahme der Stadt Bern ausschließlich von den Gewerkschaften betrieben worden ist. Wenn dafür in Zukunft auch vom Staate etwas getrieben wird, vor bis jetzt ausschließlich den Agitatoren die Liebesgabenmüllionen zu-gewendet hat, so würden wir diese Wendung zum Besten nur begrüßen.

Jahresbericht der Zentralkommission der Korftarbeiter.

Um uns Material über die Verhältnisse der in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu verschaffen, verfaßten wir an circa 80. Zahlstellen unseres Verbandes Fragebogen. Berichte erhielten wir von 55. Im allgemeinen haben wir bei den in Betracht kommenden Zahlstellen und Verbandsfunktionären volles Verständnis für unsere Sache gefunden und sind tatkräftig unterstützt worden. Vor allem ist da zu nennen: der Gauvorsitzer von Erfurt, der sich sehr viel Mühe um die Verhältnisse seiner Kollegen gemacht hat. Auch vom Gau Hamburg ist das selbe zu sagen, ebenso von den Ortsverwaltungen Schneberg und Qualenbrück. Leider haben wir von einigen Orten trotz nochmaliger Aufforderung keine Nachricht erhalten. Nachdem wir dann noch das Material von Kollegen M. S. Viefelsfeld erhalten hatten, waren uns die Verhältnisse von rund 1400 männlichen, 500 weiblichen und 200 jugendlichen Holzarbeitern bekannt. Aus den Berichten sei nur einiges erwähnt. In Schrobenhausen sollen, nach den Ausführungen der dort beschäftigten Kolleginnen, unhaltbare Zustände herrschen. Leider sind diese Kolleginnen selbst, aus leicht begreiflichen Gründen, nicht zu bewegen, mit uns in Korrespondenz zu treten. Der Bevollmächtigte hat sich dort um die Abschaffung dieser Mißstände alle Mühe gegeben, leider aber bis jetzt vergebens. In Frankenthal steht infolge Einschränkung des Absatzgebietes ansehnlich keine schöne Zukunft bevor. Leider steht auch hier ein großer Teil der Kollegen der Organisation fern. In Schneberg haben sich sogar einige Kollegen im Reichsverband zusammengeschlossen, jedenfalls wollen sich dieselben dort über ihre traurige Lage hinwegtäuschen. In Lohne und Vermbach, wo die Arbeitsverhältnisse wohl die traurigsten sind, gehören einige Kollegen der christlichen Organisation an. In Schwerin lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig, hier tragen die Kollegen selber viel Schuld daran. Anstatt durch Organisationsarbeit ihre Verhältnisse zu bessern, herrscht hier teilweise noch die leidige Trunksucht. In Delmenhorst, wo es durch den Holzarbeiterverband erst zu einer Regelung der Arbeitsverhältnisse gekommen ist, wo aber durch das un sinnige Vorgehen einiger Kollegen zu einem von Anfang an ausichtslosen Streik gedrängt wurde, scheinen die Kollegen sich auf ihren erzwungenen Vorbeeren auszuruhen, anstatt durch rege Organisationsarbeit die Scharte von damals wieder auszuweken. In Frankfurt a. M. herrscht leider noch viel Unzufriedenheit bei den Korftarbeitern, obgleich die organisierten Kollegen alles versuchen, um dort bessere Zustände zu schaffen. Der Bericht von Prantitzschweig ist erfreulich, sind doch von 16 männlichen und 10 weiblichen Arbeitern, die dort beschäftigt sind, 14 männliche und 4 weibliche organisiert. Auch die Kollegen von Viefelsfeld sind gut organisiert; ein gutes Zeichen für die Zukunft. In Hamburg sind die Lagerarbeiter und weiblichen Kollegen im allgemeinen für den Verband festest zu gewinnen, ein Teil derselben ist in anderen Verbänden organisiert. In Hannover besteht für unsere Kollegen seit Februar 1909 ein Tarif, der bis 1911 läuft. Die im Tarif festgesetzten Löhne sind den Verhältnissen entsprechend als angemessene zu bezeichnen. Die Hausarbeit herrscht in unserer Branche noch vielfach. In Köln sind die Kollegen der Ansicht, daß sie ohne Hausarbeit mit ihrem Lohne nicht auskommen. Sie wünschen, daß wir dafür sorgen, daß die Löhne in den Orten mit wiederum Verdienst aufgebessert werden, da ihnen ihre Arbeitgeber stets diese Mißstände bei einer Lohnforderung in unliebbare Erinnerung bringen. In Dresden wird Hausarbeit gemacht, weil es angeblich an Handbrettern fehlt. Von Breslau, Dresden, Maschau und Delmenhorst haben wir leider keinen Jahresbericht erhalten. Aus den uns vorliegenden Berichten ergeben sich, daß die Bier- und Brauwirtschaft für unsere Kollegen Einschränkung der Arbeitszeit, weniger Verdienst und Arbeitslosigkeit gebracht hat. In Schwerin, wo die Kollegen bisher bei durchschnittlich 66 Stunden schon einen fargen Lohn erhielten, wird jetzt nur 54 Stunden gearbeitet. Ein Flugblatt zur Agitation wurde auf unsere Anregung vom Hauptvorstand an alle für uns in Betracht kommenden Zahlstellen verjandt.

Um unseren Arbeitsnachweis bekannt zu machen, haben wir an etwa 200-Verbindungen ein Zirkular verjandt und außerdem eine Annonce in der Holzindustrie-Zeitung aufgegeben. Auch in der Holzarbeiter-Zeitung ist des öfteren auf den Arbeitsnachweis hingewiesen worden. Arbeitsnachweise von seitens der Arbeitgeber sind 31 eingegangen, auch einige Kollegen haben freie Stellen gemeldet. Arbeitsnachweise lagen 36 vor. Leider hat uns der größte Teil der Kollegen von dem Ausgang der Bewerbung nicht unterrichtet, so daß wir nicht in der Lage sind, anzugeben, wie viel Kollegen durch uns Arbeit erhalten haben. Dies muß anders werden. Es muß sich unbedingt jeder Kollege zur Pflicht machen, uns von dem Ausgang der Arbeitsvermittlung Nachricht zu geben. Nur dann ist eine geordnete Führung des Arbeitsnachweises möglich. Es wurden auch einige Kollegen durch den Arbeitsnachweis für den Verband gewonnen. Wenn alle Kollegen den Arbeitsnachweis tatkräftig unterstützen, so kann derselbe ein gutes Hilfsmittel für den Verband sein. Es sind noch eine Anzahl Arbeitsnachweisregulative vorhanden und können beschleunigt an die Kollegen abgegeben werden. Wir ersuchen die Kollegen, sich dieselben bei uns abzuholen. Wenn wir nun auch mit dem Erfolg unserer Tätigkeit zufrieden sein können und wollen, so dürfen wir doch nicht verkennen, unter welchen traurigen Verhältnissen ein großer Teil unserer Kollegen leben muß. Es ist daher schwer, dieselben von Idee und Nutzen der Organisation zu überzeugen. Daher muß ein jeder organisierte Kollege bestrebt sein, die Zentralkommission in dieser Aufgabe zu unterstützen. An die Sektionsführer und Vertrauensleute stellen wir das Ersuchen, mehr wie im letzten Jahre mit uns zu korrespondieren, damit wir jederzeit auf dem laufenden sind und den Hauptvorstand von der Lage der Korftarbeiter unterrichten können.

Die Zentralkommission der Korftarbeiter.
H. A. A. Kaphengit,
Hamburg, Greifswalderstr. 17. II.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag, der nach Beendigung der Weihnachtspause am 11. Januar wieder zusammentrat, hat einen erheblichen Teil seiner Zeit der Erledigung von Interpellationen gewidmet. Durch die Einbringung von Interpellationen erreichen es die Parteien, daß wichtige Vorgänge oder Ereignisse früher zu einer Besprechung im Parlament gelangen, als das bei Anträgen möglich wäre, die sie eubringen. Wenn die Geschäftsordnung des Reichstages es auch nicht zuläßt, daß im Anschluß an die Besprechung von Interpellationen Anträge gestellt oder Beschlüsse gefaßt werden, so haben die Diskussionen, die gepflogen werden, doch den Vorteil, daß sie Gelegenheit geben, die Stellung der Regierung und der Parteien zu dem fraglichen Gegenstand kennen zu lernen.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien stand die von den Nationalliberalen und den Freisinnigen eingebrachte Interpellation wegen der Verfassung in Mecklenburg. Die mecklenburgischen Großherzogtümer genießen den zweifelhaften Ruhm, Verfassungseinrichtungen zu besitzen, die noch schlechter sind als die preussischen. Dort ist das rechte Paradies der Junker, die sogar dem lächerlich beschriebenen Versuch, der von der Regierung gemacht wurde, die Verfassung zu modernisieren, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Als der sogenannte Reformplan scheiterte, wurde in einer offiziellen Bekanntmachung angekündigt, daß die Landesfürsten nunmehr an das Reich appellieren würden. Das scheint man sich aber inzwischen überlegt zu haben, denn der Vertreter des Reichstagslers lehnte es ab, das mecklenburgische Adm zu führen und auch der Vertreter Mecklenburgs im Bundesrat erklärte, daß seine Regierung lieber doch nicht die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen will. Die Junker werden also weiter unbeschränkt im Lande Mecklenburg herrschen, solange sich das Volk diese mittelalterlichen Zustände gefallen läßt.

Die Interpellation wegen der Beamtenmehregelungen in Kattowik ist veranlaßt worden durch die un sinnige Kolonialpolitik in Preußen, die auch von der Reichsregierung nach Kräften gefördert wird. Weil sie bei der Stadtverordnetenwahl für die Kandidaten des Centrum und der Polen gestimmt haben, wurden eine Reihe Beamter strafverurteilt. Die Besprechung der Interpellation führte zu einer Wahlrechtsdiskussion und zeigte aller Welt, daß es eigentlich die Regierung ist, die den gefährlichsten Wahlterrorismus übt. Die Vertreter der Regierung machten sehr ungeschickte Versuche, ihr Verhalten zu verteidigen. Sie nahmen für sich das Recht in Anspruch, den ihnen unterstellten Beamten vorzuschreiben, wie sie zu stimmen haben. Die Verletzung der gemäßigtesten Beamten sei übrigens keine Strafe, sondern sie sei erfolgt im Interesse des Dienstes. Diese Auffassung wurde von der Mehrheit des Reichstages energisch zurückgewiesen, was allerdings nicht durch eine Abstimmung zum Ausdruck gebracht werden konnte. Die Regierung läßt sich freilich durch die Ansicht der Volksvertretung nicht von ihren Vätern abwenden und wird, ungeachtet der Hilfe, welche ihr die polnischen Abgeordneten beim letzten Steuerauszug geleistet haben, ihre vorkriegsähnliche Politik in den polnischen Landesteilen fortsetzen.

Auf die vom Zentrum und den Nationalliberalen gestellte Frage, wie es mit der schon lange in Aussicht gestellten Pensionsverzinsung der Privatbeamten steht, antwortete der Staatssekretär Delbrück, daß die Korarbeitern noch nicht abgeschlossen seien. Mit der Einlösung des in dieser Beziehung gegebenen Versprechens wird es also wohl noch gute Wege haben. Die von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Interpellation über die Unterstützung der Tabakarbeiter gab die Möglichkeit, die Schädigungen zu schildern, welche durch das neue Tabaksteuergesetz den Arbeitern der Tabakindustrie zugefügt wurden und welche durch die Unterstützung, die oft nur nach Ueberwindung ungeheurer Schwierigkeiten zu erlangen ist, nur wenig gemildert werden. Die Art, wie die arbeitslosen Tabakarbeiter behandelt werden, und daß die Zigarettenarbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen sind, gefällt auch Herrn Giesberts, dem christlichen Gewerkschaftler, nicht, aber es wurde ihm mit Recht entgegengehalten, daß das Bedauern, das er jetzt äußert, zu spät kommt. War es doch gerade Herr Giesberts, der durch die Verschlechterung des Entschädigungsparagrafen erst die Annahme des Tabaksteuergesetzes ermöglichte, das so viel Unglück über eine große Arbeiterzahl gebracht hat.

Bei der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation wegen des Mansfelder Bergarbeiterstreiks gab der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse Schaffe, ein Bild von der Ausbeutung und dem geistigen Druck, unter welchem die Mansfelder Bergarbeiter stehen. Er schilderte, wie die Zivilbehörden unter Vertretung der Geseke gegen die Streikenden vorgingen und wie schließlich das Militär herbeigerufen wurde, um den Streik zu unterdrücken. Wenn man die Antwort des Staatssekretärs des Innern und des Kriegszministers v. Goerringen hört, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male das Wort ergriff, dann könnte man meinen, daß von seiten der Behörden absolut nichts Ungehöriges vorgekommen wäre, und daß das gewalttätige Einschreiten unumgänglich notwendig gewesen wäre, um die wild gewordenen „königstreuen Bergarbeiter“ zur Majon zu bringen. Man weiß jedoch, daß es zu den Aufgaben der Regierungsvertreter gehört, alles, was die Behörden tun, zu beschönigen, und lernt es, die Reden vom Regierungs-

lich richtig einzusehen. Daß der reichsparteiliche Abgeordnete Trendt, der in Mansfeld gewählt ist, auf den Streik sehr scharf zu sprechen ist, kann man ihm nachsagen, denn das Erwachen der Mansfelder Bergarbeiter kann ihm bei der nächsten Wahl sein Mandat kosten; eine Ueberzeugung war es jedoch, daß der Zentrumsalgeordnete Dr. Heisler sich auf die scharfste Weise gegen die Streikenden aussprach und die Herausziehung des Militärs für berechtigt erklärte. Dieser Dr. Heisler ist nämlich auch Abgeordneter. Dieser Herr, der sich zum Vorsitzenden der Streikforen aufwarf, ist Generalsekretär des Verbandes katholischer Arbeitervereine „Sib Per Lin“, dem die katholischen Katakombenangehörigen angehören. Herr Heisler hat mir bestätigt, wie berechtigt es ist, wenn man diese Sachverhalte nicht als Gewerkschaften, sondern als Streikbrecherorganisationen ansieht und sie dementsprechend behandelt. Erwähnt möge bei dieser Gelegenheit noch werden, daß der Abgeordnete Giesberts die Solidarität mit den Ausführungen seines Fraktionskollegen Heisler ausdrücklich ablehnte. Zu der gleichen Debatte hatte auch der, unsern Kollegen bekannte Tischlermeister Pauli aus Potsdam das Bedürfnis, sein Scharfmachersprachlein herzusetzen. Er vertrat das Recht des Unternehmers, Arbeiter, die ihrer Organisation beitreten, deshalb zu entlassen.

Den vorläufigen Schluß in der Reihe der Interpellationsdebatten bildete die Diskussion über die Handhabung des Vereinsgesetzes. Die Interpellation war von den Freisinnigen eingebracht, welche an der Handhabung des Vereinsgesetzes mit Recht sehr viel auszusetzen hatten. Zu einem guten Teil müssen sie sich aber die Schuld selbst beimessen, denn sie hätten es feinerzeit in der Hand gehabt, dem Geseke die Mißstände auszubereiten. Von der Regierung wurde selbstverständlich die Lokalität betont, mit welcher das Gesetz ausgeführt wird, nur schade, daß man davon im Lande so wenig merkt. Laß bei Beschwerden die oberen Amtsstellen Remedie eintreten lassen, ist ein schwacher Trost, denn den Geschädigten ist wenig geholfen, wenn der Beamte, der eine Veranlassung geschweidrig verhindert hat, später einen saunten Küssel erhält. In der Debatte ist angetündigt worden, daß Interpellationen über das Vereinsgesetz alljährlich wiederkehren sollen. An Stoff wird es ja vorerst nicht fehlen, zu wünschen wäre aber, daß die Regierung ernstlich dafür sorgt, daß auch die Lokalbehörden sich die Gesekekenntnis aneignen, die von jedem Bürger verlangt wird.

Zwischen den Interpellationsdebatten hinein wurde die erste Lesung der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes erledigt. Diese Gesetzentwürfe, welche das besondere Interesse der Juristen erregten, wurden einer Kommission überwiesen. Der gleichen Kommission wurde auch der Gesetzentwurf über die Aenderung des Strafgesetzbuchs überwiesen, der schon in der vorigen Session von der Kommission durchberaten war. Die zweite Lesung des Etats der Justizverwaltung wurde diesmal in einer einzigen Sitzung erledigt. Dem folgte die zweite Lesung des Etats für das Reichseisenbahnamt, wobei oft gehörte Klagen wiederholt wurden. Man wird diese Klagen auch noch öfter hören, denn das Reichseisenbahnamt hat in den Angelegenheiten der Eisenbahnen im Reich sehr wenig zu sagen. Hier übt die preussische Regierung einen maßgebenden Einfluß aus, und diese ist es nicht gewohnt, auf die Wünsche des Publikums besondere Rücksicht zu nehmen.

Steigende Lebensmittelpreise — sinkender Konsum. Trotz einer Zunahme der Bevölkerung um über 9000 Einwohner weist die Schlachthausstatistik der Stadt München für das Jahr 1909 gegen das Vorjahr einen Rückgang der Schlachtungen um 19.554 Stück auf. Besonders bedeutend ist der Rückgang um 32.523 Stück bei Schweinen; diese Fleischsorte hat aber auch die höchste Preissteigerung zu verzeichnen. Dagegen sind die Pferde schlachtungen gegenüber dem Vorjahr um 132 Stück gestiegen. Bei anhaltend hohen Preisen und künstlicher Fernhaltung der Zufuhr von Schlachtwild infolge hoher Zölle an der österröichischen Grenze zeigt in der Regel der Pferdefleischverbrauch, so daß die Bewegung der Pferdeschlachtungen als Maßstab für die jeweilige Weltlage betrachtet werden kann. Es geht fast doch nichts über unsere herrliche agrarische Schutzpolitik im schönen deutschen Vaterlande.

Die Arbeitslosenversicherung vor dem sächsischen Landtag. Die Aenderung des Wahlrechts in Sachsen hat dem dortigen Landtag zum Entsetzen aller Reaktionsäre eine starke sozialdemokratische Fraktion gebracht. Wenn das Pluralwahlrecht auch dem arbeitenden Volke nicht an nähernd die ihm zahlenmäßig zukommende Vertretung zuließ, so zeigt trotzdem die junge Fraktion, daß sie gewillt ist, positive Arbeit im Arbeiterinteresse zu leisten. In der Sitzung des Landtages vom 12. Januar kam ihr Antrag zur Besprechung, wonach der sächsische Staat zunächst 200.000 Mk. bereitstellen soll, um damit solche Gemeinden zu unterstützen, welche die Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System einführen; die Regierung soll, so verlangt der Antrag weiter, die Gemeinden zur Errichtung solcher Arbeitslosenversicherungen anhalten. Der Minister Graf Bismark bestritt, daß in Sachsen eine Notlage infolge Arbeitslosigkeit herrsche und erklärte schließlich, daß die Regierung es zur Zeit ablehnen müsse, eine Arbeitslosenunterstützung auf Kosten der Allgemeinheit durchzuführen. Eine andere Stellungnahme konnte man von dieser Seite kaum erwarten. Von einer so ausgeprochen arbeiterfeindlichen Regierung wie der sächsischen, die gewohnt war, mit einem sozialistenreinen Landtag zu arbeiten, wäre es wirklich zu viel verlangt gewesen, wenn sie jetzt auf einmal mehr soziales Ver-

ständnis zeigen sollte. Das wird ihr erst nach und nach die sozialdemokratische Fraktion beibringen müssen. Kennzeichnend ist, daß man bisher im sächsischen Ministerium nicht einmal das „Reichsarbeitsblatt“ zur Information las. Jetzt soll dies nachgeholt werden. Von den bürgerlichen Parteien des Landtages erklärte sich ein freisinniger Redner in bedingtem Maße für ein konservativer jedoch entschiedener Gegner des Antrags, während ein National-liberaler es vorzog, seine Gegnerschaft mit wohlwollenden Worten zu verbeden, ohne sich bestimmt zu erklären. Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission zur Überarbeitung überwiesen. — Mein Baum fällt auf den ersten Dieb.

Arbeitslosenunterstützung in Mainz. Die Stadtverwaltung in Mainz hat 10 000 Mk. zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Unterstützung wird vom 10. Januar an ausbezahlt und soll zunächst auf die Dauer von vier Wochen gewährt werden. Die Unterstützungssätze betragen wöchentlich 3 Mk. für ledige oder alleinstehende Personen; Verheiratete mit Kindern über 14 Jahren erhalten 4 Mk. und solche mit Kindern unter 14 Jahren 5 Mk. Unterstützungsberchtig sind männliche Arbeiter, Handlungsgehilfen, Techniker und sonstige Privatangehörige, die mindestens ein Jahr in Mainz wohnen und seit dem 1. April regelmäßig beschäftigt gewesen sind. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt durch die Gewerkschaften; die Inorganisierten werden durch die Polizei kontrolliert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Januar:

- Muhlha 10 Pf., Trier 20 Pf.
- Ab 8. Januar: Teltow 50 Pf. (hiervon 25 Pf. für die Hauptkasse).
- Ab 16. Januar: Adlershof 75 Pf., Düben 15 Pf., Ertner 50 Pf., Groß-Lichterfelde 100 Pf., Jumbach 20 Pf., Schöneberg 100 Pf., Stolp 10 Pf., Treuen 15 Pf.
- Ab 22. Januar: Bernau 50 Pf., Hof 30 Pf., Königsallee 50 Pf., Reine 25 Pf., Velten 50 Pf.
- Ab 1. Februar (also von der 6. Beitragswoche inklusive gerechnet): Ahrensburg 30 Pf. (für die Hauptkasse), Altenburg 30 Pf., Amberg 20 Pf., Aschersleben 10 Pf., Badnau 15 Pf., Bernburg 30 Pf., Beuthen 25 Pf., Biberach 15 Pf., Bitterfeld 10 Pf., Blankenburg a. S. 20 Pf., Bothenburg 10 Pf., Burg 40 Pf., Cassel 50 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Chemnitz 25 Pf., Cöthen 25 Pf., Gölberg 50 Pf., Gommis 20 Pf., Günnersdorf 10 Pf., Darmstadt 50 Pf., Deimold 30 Pf., Dintelshühl 25 Pf., Düren 20 Pf., Durlach 10 Pf., Eilenburg 30 Pf., Eisenberg 30 Pf. (für die Hauptkasse), Elbing 30 Pf., Elsterwerda 25 Pf., Erdmannsdorf 20 Pf., Reuch 30 Pf., Frankenthal 30 Pf., Frankfurt a. M. 50 Pf., Freiberg 10 Pf., Freiburg i. Schl. 20 Pf., Friedland i. M. 10 Pf., Großburg 20 Pf., Jülich 50 Pf., Gaggennau 10 Pf., Gellhain 20 Pf., Gellenskirchen 30 Pf., Glatbed 20 Pf., Glash 15 Pf., Grölich 30 Pf., Göttingen 30 Pf., Gotha 40 Pf., Grabow 15 Pf., Greifswald 50 Pf., Grimma 25 Pf., Großarden 20 Pf., Großröhrsdorf 40 Pf., Grünberg 20 Pf., Gütrow 25 Pf., Guhrau 20 Pf., Gumbinnen 20 Pf., Habelschwerdt 15 Pf., Hain 20 Pf., Haineln 20 Pf., Hanau 30 Pf., Hanyau 25 Pf., Heide 30 Pf., Heidenheim 10 Pf., Heilbronn 30 Pf., Hirschberg 10 Pf., Hujum 40 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Jena 25 Pf., Jngolstadt 10 Pf., Kalkberge 25 Pf., Kattowitz 50 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Kaufbeuren 30 Pf., Kempen 35 Pf., Kleinolbersdorf 20 Pf., König-Wusterhausen 40 Pf., Krenznach 20 Pf., Langewiesen 10 Pf., Leutkirch 15 Pf., Lindow 10 Pf., Lippstadt 15 Pf., Lübau 20 Pf., Lübeck 10 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Malchin 10 Pf., Mannheim 50 Pf., Marburg 20 Pf., Marne 50 Pf., Meissen 40 Pf., Mellenbach 20 Pf., Mesbach 20 Pf., Mindelheim 20 Pf., Mühlberg 10 Pf., Mühlheim a. M. 30 Pf., Muskau 30 Pf., Neuenhagen 75 Pf. (hiervon 50 Pf. für die Hauptkasse), Neumünster 35 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Neu-Nuppen 20 Pf., Neuh. 10 Pf., Neuhadt a. Nisch 20 Pf., Neuwied 20 Pf., Nörten 50 Pf., Oberhausen 30 Pf., Oehausen 10 Pf., Offenburg 20 Pf., Pappenheim 15 Pf., Perleberg 20 Pf., Pforzheim 30 Pf., Potsdam 10 Pf., Prenzlan 20 Pf., Pribwalf 15 Pf., Remont 20 Pf., Quadenbrück 20 Pf., Rabenau 10 Pf., Radeberg 30 Pf., Rastatt 15 Pf., Rastenburg 20 Pf., Ratibor 20 Pf., Reichenhall 30 Pf., Reinfeld 30 Pf., Reutlingen 20 Pf., Rosoda 10 Pf., Schandau 5 Pf., Schwabach 20 Pf., Schmiedeb. 30 Pf., Segeberg 20 Pf., Singen 10 Pf., Solingen 50 Pf., Sommerfeld 20 Pf., Sunderburg 35 Pf. (hiervon 30 Pf. für die Hauptkasse), Speyer 25 Pf., Spremberg 20 Pf., Stade 10 Pf., Stralsund 30 Pf., Tangermünde 10 Pf., Tchemar 25 Pf., Traunstein 15 Pf., Treuenbriegen 15 Pf., Tullingen 30 Pf., Tetergen 10 Pf. (hiervon 15 Pf. für die Hauptkasse), Warel 15 Pf., Wilsdorf 30 Pf., Wald 20 Pf., Waldheim 25 Pf., Waldshut 25 Pf., Waltershausen 10 Pf., Weihenheim 25 Pf., Weisenfels 15 Pf., Wernige-

rode 20 Pf., Wertheim 30 Pf. (hiervon 25 Pf. für die Hauptkasse), Wismar 25 Pf., Wolgast 20 Pf., Wurzen 15 Pf., Zentendorf 30 Pf., Zossen 30 Pf., Zuffenhausen 50 Pf., Zwickau 20 Pf.

Verichtigung: Die in voriger Nummer publizierten Lokalbeiträge für Delmenhorst 30 Pf. und Sorau 15 Pf. gelten nicht vom 1. Januar, sondern vom 1. Februar ab.

Auf Beschluß des letzten Verbandstages sind in den neueren Mitgliedsbüchern für den Monat Januar fünf Beitragswochen (statt vier in den alten Büchern) vorgesehen. Da nun aus Anlaß der jetzigen Extrabeiträge verschiedene Anfragen eingelaufen sind, teilen wir der Einheitslichkeit halber hierdurch mit, daß allgemein für den Monat Januar nicht vier, sondern fünf Wochenbeiträge zu verrechnen sind.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 5. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Der Umtausch der mit Jahresluß aufgebrauchten Mitgliedsbücher muß bis spätestens Ende Februar beendet sein. Da statutengemäß beim Neistieren von 8 Beiträgen der Ausschluß zu erfolgen hat, laufen die Kollegen, die den Umtausch der Bücher bis zu dem angegebenen Termin versäumen, Gefahr, ihre alten Mitgliedsrechte zu verlieren.

Die neugewählten Bevollmächtigten erinnern wir hierdurch daran, daß jede Zahlstelle ein Exemplar des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission“ monatlich geliefert erhält. In die Zahlstellen wird daselbe allwöchentlich mit der „Solzarbeiter-Zeitung“ gesandt. Schwache Reskamationen sind deswegen an die Expedition der „Solzarbeiter-Zeitung“ zu richten.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Januar über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 1. Februar zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Verlagskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Fall ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Maschinenarbeiter Karl Tittel; von Breslau der Holzarbeiter August Brünig; von Frankfurt a. M. die Tischler Franz Herlein, Ernst Horlacher, Albert Köp und Wolfgang Steinmetz; von Glauchau Tischler Paul Meier; von Hamburg Nordmacher Johannes Häppler und Tischler Walter Jager; von Liegnitz die Tischler Adolf Diesel und Max Lische; von Muskau Tischler Edward Kossak; von Pforzheim die Tischler Mathäus Versteher und Gottlieb Eichenmeier; von Stettin Stellmacher Karl Broof, Tischler Hans Mühlow und die Nordmacher Karl Natunde und Johannes Teeh; von Wiesbaden der Stuhlmacher Karl Bogt;

wegen Denunziation auf Antrag von Stuttgart der Tischler J. Widelhaupt;
wegen Unterschlagung auf Antrag von Soest der Tischler Bernhard Bergahn;
wegen Betruges auf Antrag von Berlin der Salonarbeiter Karl Kumm; von Singen der Tischler Louis Wilhelm;
wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag von Berlin der Maschinenarbeiter Waldun Michaelis; von Bremen der Modelltischler Karl Hed; von Hamburg die Tischler Wilhelm Dahms und Fr. Jend; von Muskau der Nordmacher Otto Hiegel.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 84682 Johann Sauer, Tischler, geb. 13. 12. 74 zu Krefeld.
- 208787 Heinrich Wunderschen, Tischler, geb. 6. 10. 78 zu Krefeld.
- 21111 Ferdinand Freind, Tischler, geb. 19. 1. 64 zu Reidenburg.
- 254798 Thomas Weisenhofer, Tischler, geb. 4. 12. 64 zu Tessen.
- 401524 Hermann Hellwig, Tischler, geb. 4. 11. 86 zu Prenzlan.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bernau. Die sogenannte Freie Vereinigung der Tischler, wie sich die Reihe der Lokaltisten nennen, ist der sonderbaren Meinung, daß der Boden für sie zurzeit besonders günstig ist. Sie hat auch hier eine Agitationsversammlung arrangiert und der entstandene Redner empfahl seine Organisation besonders mit dem Hinweis darauf, daß man in der Freien Vereinigung bei Lohnkämpfen nicht auf die Unterstützung rechne, sondern den Mitgliedern empfehle, den Hungerriemen recht fest anzuziehen. Da die anwesenden Verbandsmitglieder für diese Weisheit kein richtiges Verständnis hatten und ein Bedürfnis für die Zersplitterung der Organisation nicht anerkennt werden können, haben sie das Lokal bald wieder verlassen, wodurch die Versammlung ein schnelles Ende fand. Düsselndorf. (Parickteger.) Die Interesslosigkeit unserer Kollegen ist leider in der Regel größer, als sich solche nach dem Verhalten unserer Arbeitgeber erklären

sieht. Versuchen doch auch jetzt wieder besonders die nicht dem Ring angehörenden Parickteger in Rheinland-Westfalens die Reapreise zu kruden. Grobes hierin und in der Schmuckkonkurrenz gegen andere Geschäfte leisten besonders die Firmen W. Schoret in Essen, Esser u. Thomas in Köln. Bei ersterer müssen die Kollegen mitunter erst an das Gewerbegericht appellieren, um ihrem verdienten Lohn zu kommen. Die Firma Esser aber mußte sich gar nachweisen lassen, daß sie ihren Arbeitern einen fingierten Brief eines anderen Bodenlegers vorleste, in dem dieser sich angeblich zu niederen Preisen anbot. Mit solchen unschönen Handhabungen wird versucht, die Arbeiter zur Annahme untertariflicher Sätze zu veranlassen und dabei aufständige Arbeiter in Mißkredit zu bringen. Bei Thomas arbeitet dessen ganze Verwandtschaft, Leute die da glauben, den ortsüblichen Reapreise nicht zu brauchen. Unter den dem Nordwestmittelddeutschen Parickteger angehörenden Firmen ist es Gail Wwe. in Diebrich, die immer auf Herabsetzung der Reapreise hinarbeitet. Prüft diese sich doch damit, daß sie jüngst in Rheine Verbandsböden, einschließlich Lager und Verankerung und Stellung des Materials für 65 Pf. (statt 1,05 Mk.) pro Quadratmeter verlegt erhalten habe. Schuld an solchen Zuständen ist aber das bei Gail herrschende Zwischmeisterstystem. Diese Leute arbeiten mit ihren Hilfskräften bald Tag und Nacht, denn nur dadurch können sie bei den Preisen existieren. Wenn diese Zustände besser werden sollen, müssen erst alle Kollegen auf ihre Eigenbrödelei verzichten und für guten Zusammenhalt sorgen. Erst dann sind wir eine Macht.

Erdmannsdorf i. Riesengeb. Unsere erste Generalversammlung am 15. Januar ließ uns mit Befriedigung auf das erste halbe Jahr des Bestehens der Zahlstelle zurückblicken. Die Mitgliederzahl ist von 12 auf 27 gestiegen und besteht berechnigte Hoffnung auf weiteren Zuwachs in nächster Zeit. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. Es wurde in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, ab 1. Februar 70 Pf. Beitrag zu erheben, wovon 60 Pf. an die Hauptkasse entrichtet werden. Ein Zeichen, daß auch die Kollegen des Riesengebirges den Ernst der Situation erkannt haben. Das Verhalten des Wirtes im „Gasthaus zur Buche“ wurde einer Kritik unterzogen. Dieser hatte in erster Zeit sein Lokal zur Verfügung gestellt, in letzter Zeit aber verlangte er eine Bescheinigung über die polizeiliche Anmeldung. Ein recht sonderbares Verlangen, um so mehr, als wir nicht annehmen können, daß dahinter die Behörde steckt, denn diese dürfte doch das Vereinsgesetz kennen. Aber auch das sonstige Verhalten des Herrn Wirtes ließ erkennen, daß wir wohl unser Geld bei ihm verzehren könnten, aber nicht seine Lokalitäten zu ernstlichen Beratungen benutzen. Nun, wir haben ein anderes Lokal gefunden und wollen Herrn Wirtescherer durchaus nicht mehr belästigen und möchten auch den Kollegen von den umliegenden Zahlstellen empfehlen, dies Vorgehen bei etwaigen Ausflügen in Erinnerung zu behalten. Sehr befreuend ist das Verhalten einiger älterer Kollegen, welche vor sehr Jahren einmal der Organisation angehört haben, jetzt sich aber uns geradezu hindernd in den Weg stellen. Glaubt man denn, daß die Unternehmer in den kleinen Orten von selbst höhere Löhne zahlen würden? So sind auch diese Holzarbeiter wohl doch nicht. Darum müssen wir dafür sorgen, daß die Kollegen in den Städten in der Lage sind, ihre Kämpfe erfolgreich zu führen, dann werden auch in den kleineren Orten die Löhne eine Aufbesserung erfahren. Um nicht zu ernsten ohne zu jagen, ist es notwendig, daß jeder Holzarbeiter sich der Organisation anschließt.

Warmitz. Zu den steten Klagen der Kleinmeister in den Provinzorten, namentlich bei Lohnbewegungen, gehört die, daß sie keine ständigen Arbeiter erhalten könnten, da letztere lieber nach den Großstädten abwandern. Daß sie selbst dazu beitragen, wird wohlweislich dabei berücksichtigt. Braucht so ein Meister im Sommer Gehilfen, dann wird dauernde Arbeit versprochen; rückt der Winter heran, dann setzt man den Arbeiter auf das Pflaster. Zu jenen Meistern, die diese Praxis sehr üben, gehört auch Schreinermeister Math. Nicht Arbeitsmangels halber entließ er vor kurzem zwei Gehilfen, sondern lediglich der Wunsch, billigere und willigere Arbeiter zu bekommen, gab hierzu Veranlassung. Wenn die Schreinergehilfen dann in Zukunft etwas vorsichtiger sind und den Lockungen und Versprechen dieses Herrn nicht mehr Folge leisten, dann hat er sich dieses selbst zu beschreiben. Dem Warmitzer Meistern ist nur zu raten, sich angeichts der in Rücksicht stehenden Vahnbauten nicht zu leichtfertig in die Messen zu setzen, sonst merken es sich die Gehilfen und verzichten auch auf Sommerarbeit bei schlechter Bezahlung.

Heilbronn. (Wagner.) Der Karosseriebau hat sich hier in ungekannter Weise entwickelt. Trotzdem sind die Verhältnisse, besonders bei den Kleinmeistern, recht unglücklich. Durch überaus lange Arbeitszeit und Zunahme der Produktion des Holz- und Logiswesens liefern diese Karosserien fast so billig wie die Fabriken durch ihre runtergeschraubten Akkordpreise. Bei der Firma Franz sind die Stunden- und Akkordlöhne wohl am niedrigsten. Als Akkordarbeiter kommt hier ein Kollege in Betracht, der in ganz selbstmörderischer Abstufung darauf los schraubt. In der Holzwerkstatt hat im Herbst bei schlechter Konjunktur die Produktion fertig gebracht, die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Als Weihnachtsgehalt wurde durch Aufschlag beantragt, daß Prognose für Überstunden nicht mehr bezahlt werden. Wert die Herren glauben, daß die Kollegen alles richtig hinnehmen, so müssen wir uns gegen eine Verschärfung energisch zeigen und unsere Löhne bei den immer teurer werdenden Zeiten zu verbessern suchen. Alles in allem genommen, ist es hier nicht so rosig, auch in hygienischer Beziehung bleibt viel zu wünschen übrig. Wir erlauben daher alle Kollegen, die beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten, sich bei der Lokalverwaltung vorher zu erkundigen.

Sonnef. a. Rh. Bei der Firma Rings u. Mendel haben die Kollegen unter der Willkür der Unternehmer viel zu leiden. Die Fabrik stellt als Spezialität moderne stücheneinrichtungen in Naturholz laziert her. Für eine

komplette Einrichtung, bestehend aus Wärfel und Anrichtentisch mit dazu gehörigem Stuhl, ist es ganze 12 St. Lohn. Der Arbeiter hat dabei das maschinenfertige Material selbst abzugeben. Die Seiten, Türen, Rückwände, Vorderfront sind zu versehen, ferner zu verputzen und die Kisten zusammenzubauen und in die Anleererei zu schaffen. Die Schulaffen sind von Hand zu haken. Für einen Unterfall gilt es nach dieser Arbeitsmethode 2,80 Mk. Wird einem Kollegen bei eiligen Arbeiten ein Helfer gestellt, so hat derselbe, welcher den Afford annimmt, den Helfer auf seine Kosten zu übernehmen. Dazu kommt noch, daß es Herrn Klinge beliebt, zu zahlen, was er will, anstatt den festgesetzten Afford voll abzurechnen.

Kattowitz. Am 10. Januar fand die Generalversammlung unserer Zählstelle statt, welche von 80 Kollegen besucht war. Neben dem Thema: „Was geht im Holzgewerbe vor?“ referierte Kollege Pachna-Proslau. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, den Wochenbeitrag auf 1 Mk. zu erhöhen, was auch einstimmig angenommen wurde. Nach Erhaltung der ständigen Verbindung erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Bevollmächtigter blieb Kollege Polke.

Kempen. Die am 16. Januar stattgehabte Generalversammlung zeigte so recht, daß in der Metropole des Rhodus noch ein fröhliches Verbandesleben pulsiert. Kollege Deminger-München referierte über: „Die Nämpe seit Bestehen des Verbandes und der Kampf der Zukunft“. Die Frage der Beitragserhöhung brachte eine ungewöhnlich lebhaft Diskussion. Die vorangegangene Vertrauensmännerstimme schlug die Erhöhung auf 80 Pf. vor. In gleicher Abstimmung der Generalversammlung wurde dieselbe jedoch den Beitrag auf 50 Pf. fest. Der harte Versuch dieser Versammlung und deren Beschlässe zeigten, daß die Kollegen die Reichen der Zeit verstanden haben.

Koburg. Die am 22. Januar stattgehabte Mitgliederversammlung hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Es galt Stellung zu nehmen zu der vom Hauptverband angeregten Beitragserhöhung zur Stärkung des Kampfbandes. Durch einstimmige Annahme der vom Vorstand vorgelegten Beitragserhöhungen zeigten unsere Kollegen, daß sie alle den Ernst der Situation erfaßt haben und voll Opferfreudigkeit und Kampfesmut in den Reihen der Kollegen bestrebt sein werden, den vom brutalen Unternehmertum und etwa aufdrängenden Kampf für den Verband in Ehren durchzuführen. Da in der am 12. Februar stattfindenden Versammlung unsere Stellungnahme zu den Anträgen zum Beitrag sowie die Regelung der Diätenfrage zur Debatte stehen, werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und dadurch das Interesse an der gesunden Fortentwicklung unserer Zählstelle zu bekunden. Im Interesse einiger auswärtig wohnender Kollegen wäre es geboten, den Versammlungsbeginn um 8 Uhr durch pünktliches Erscheinen zu dieser Stunde zu ermöglichen.

Leipzig. (Fabrik- und Modellistischer.) Aus dem in der letzten Sektionsversammlung gegebenen Bericht ist zu entnehmen, daß verschiedene Werkstattbesprechungen notwendig waren, weil immer noch Kollegen vorhanden sind, welche sich an eine geregelte Arbeitsvermittlung nicht gewöhnen wollen. Ganz besonders machen wir wiederholt die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Arbeitsvermittlung nur durch den Arbeitsnachweis der Modellistischer zu erfolgen hat; briefliche Anfragen an die Unternehmer sind nicht statthaft. Den Leipziger Kollegen war es möglich, auch in der Zeit der Krise ihren Lohn aufrechtzuerhalten. Im allgemeinen ist aber die Lage der Modellistischer hier noch sehr verbesserungsbedürftig. So werden z. B. in der Maschinenfabrik Straße noch Stundenlöhne von 88 Pf. bezahlt, natürlich ist hier ein großer Teil der Kollegen unorganisiert. Aus verschiedenen Orten sind Beschwerden und Anfragen über Lieferung zu billiger Modelle aus Leipzig eingegangen; namentlich war es die Firma Scholz u. Co., Leipzig-Lindenau, welche jedesmal in Frage kam. Die Kollegen werden zum großen Teil wissen, wie die Arbeitsvermittlung in den Modellfabriken und bei den Straatern sind und daß die Ausbeutung der Kollegen nichts zu wünschen übrig läßt. Die Lehrlingszuchterei besonders steht in Leipzig in hoher Blüte; ein Drittel der Beschäftigten unserer Branche am Orte sind Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt in Modellbetrieben 9 Stunden, in den Maschinenfabriken 9 1/2 bis 10 Stunden. Ueberstunden im größeren Maße wurden besonders bei der Firma Eberle & Leipzig-Plagwitz gemacht. — Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurde Kollege Geidenreich als Sektionsleiter gewählt.

Lüneburg. Bei der Firma W. Gröhner (in letzter Nummer sich es irrtümlich W. Groß) ist jetzt eine Arbeitsvermittlung in der Weise eingeführt, daß die Holzarbeiter das Holz zugerufen und verleimt, die Schleifen zugerechnet bekommen. Die Arbeit benutzt nun diese Vorarbeiten, um an den Afford höhere Abzüge zu machen, als durch die Wenigerarbeit gerechtfertigt ist. Ein Kollege, der infolgedessen bei einem Afford Defizit machte, wurde kurzerhand entlassen, als er sich die Inrechnung derselben auf einen neuen Afford nicht gefallen lassen wollte. Eine solche Uebertragung von Defizit war aber früher nicht üblich.

München. Am 12. Januar hielt die Zählstelle ihre Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des Bevollmächtigten wurden die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wieder aufs neue gewählt. Einem Referat des Kollegen Pfenninger über die Kriegserklärung des Arbeitgebersverbandes folgte die Beschlußfassung über den am die Hauptkasse abzuführenden Extrabeitrag. Nach einer Prüfung der Mitgliederversammlung im Dezember sollen die Schreiner, Maschinenarbeiter und Parkettleger ab 1. Januar ihre Beitragserhöhung auf 1 Mk. erhöhen, wovon 24 Pf. Extrabeitrag an die Hauptkasse abzuführen sind. Die Sektionsversammlungen haben sich sämtlich für die Erhöhung des Beitrages ausgesprochen, und demgemäß beschlossen. Auf Grund des Aufrufs des Hauptvorstandes ist nun die Ortsverwaltung den Mitgliedern vor, 30 Pf. Extrabeitrag abzuführen, so daß der Beitrag auf 1 Mk. pro Woche bestehen bleibt und davon 70 Pf. an die Hauptkasse abgeliefert werden. Nach kurzer Diskussion, an der sich

auch der Bauarbeiter Ratth beteiligte, wurde von den 1000 anwesenden Kollegen einstimmig der Vorschlag der Ortsverwaltung gutgeheißen.

München. (Maschinenarbeiter.) In der Sektionsversammlung am 10. Januar wurde Kollege Akenhofer zum Vorsitzenden für das laufende Jahr gewählt. Aus dem Tätigkeitsbericht der bisherigen Leitung interessierte besonders die Gründung einer Kommission für Unfallchutz. Unsere Unfallstatistik ergab ein erschreckendes Bild von dem Miste unserer Arbeit.

Münchener G. V. Die Arbeitsverhältnisse am hiesigen Orte lassen noch sehr viel zu wünschen übrig, hat doch noch ein Teil unserer Kollegschaft eine 10stündige Arbeitszeit. Wie der harte Versuch der Generalversammlung am 16. Januar bezeugt, sind die Kollegen bereit, für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Beschlossen wurde, den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung ging Kollege Pauer als Bevollmächtigter hervor. Die nächste Versammlung findet am 10. Februar im „Hilfsklub“ statt. Mögen dazu besonders auch die Kollegen der Automobilfabrik zahlreich erscheinen.

Schindlitz. In der am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung erregte sich eines sehr guten Besuches. Nach Erledigung des Amtes und Jahresberichtes und der Neuwahlen wurde die Frage der Beitragserhöhung beraten. Nach ausgiebiger Diskussion gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach der Beitrag von 1. Februar ab bis auf weiteres 65 Pf. statt bisher 60 Pf. beträgt. In Anbetracht der am Orte zum Teil noch recht schlecht gestellten Lohnverhältnisse soll die Ortsverwaltung berechtigt sein, in Ausnahmefällen Kollegen auf ihren Antrag von der Mehrzahlung zu erlösen. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß ein unberechtigter Gebrauch von der Vereinskasse nicht gemacht wird. Die Solidarität der sämtlich gestellten Kollegen kam noch bezeichnend zum Ausdruck, daß sie über die 65 Pf. hinaus ihre Opferwilligkeit durch Zahlung von 10 Pf. Beiträgen, die extra eingeführt werden, betätigen wollten.

Stabe. Unsere Generalversammlung erfreute sich eines so guten Besuches, wie wir das leider nicht von allen Versammlungen konstatieren können. In der gegenwärtigen Tarifbewegung gaben die Ausführungen sämtlicher Redner darin, daß der Hauptvorstand im Interesse der Gesamtheit gar nicht anders handeln konnte, als das Ansinnen der Arbeitgeber abzuweisen und dann die Parole zum Mitten auszugeben. Unter dem Gesichtspunkte, den Beitrag so festzusetzen, daß jeder Kollege am Orte denselben entrichten kann, wurde einstimmig beschlossen, von 1. Februar ab 80 Pf. zu zahlen. Kollegen, bezogen nicht, kaum wir hier am Orte auch bislang in Frieden mit unseren Arbeitgebern haben leben können, so kann aber auch hier die Zeit kommen, wo wir auf das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen zu rechnen haben.

Themar. Unser Städtchen steht im Zeichen des Aufschwunges. Auch in der hiesigen Möbelindustrie sind Erweiterungen zu verzeichnen. So ist die frühere Aktien-Möbelfabrik, welche circa 1 1/2 Jahre geschlossen war, wieder in Betrieb gesetzt worden. Und zwar ist es der Gründer dieses Establishments, welcher das Geschäft wieder in Schwung bringen will. Von unseren Kollegen wurde dies mit Freuden begrüßt, war doch Herr Klubscheidt als ein sogenannter humaner Arbeitgeber und tüchtiger Geschäftsmann bekannt, der auch seinen Arbeitern nach etwas verdienen ließ. Nun will es uns aber scheinen, als ob Herr Klubscheidt in Schwablingen, seinem seitherigen Tätigkeitsfeld, Schule gemacht hätte, indem er nicht nur die Stuhlbranche, sondern auch die Hungerlöhne nach hier verpflanzen will. Mit 25 bis 30 Pf. Stundenlöhnen für verdienstlose Leute ist jetzt, in der Zeit der Teuerung, auf Themar Deutsch gesagt „Miß so wollen“. Wenn Herr Klubscheidt tüchtige Leute braucht und in seinem Betrieb halten will, muß er sie auch anständig bezahlen. Daß die Zeiten und Löhne von vor 10 Jahren heute nicht mehr maßgebend sein können, sollte Herr Klubscheidt von selbst wissen. Alle auswärtigen Kollegen, welche es nach Thüringerwaldburg gelüsten sollte, mögen, um sich vor Schaden zu bewahren, bevor sie unser Eldorado aufsuchen, bei der Ortsverwaltung Erkundigungen einziehen.

Walldheim. Wohl keine bisher abgehaltene Generalversammlung unserer Zählstelle hatte so viel Kollegen auf die Beine gebracht, wie die am 16. Januar. Berichte und Neuwahlen wurden glatt erledigt. Das größte Interesse zeigte aufweckend der Antrag der Verwaltung: den wöchentlichen Beitrag ab 1. Februar auf 75 Pf. zu erhöhen. Hatte man zwar zum Teil Bedenken, so war doch die Bereitwilligkeit aller Kollegen erfreulich, unserer Organisation genügend Mittel zur erfolgreichen Durchführung der Tarifbewegung schaffen zu wollen. Der hierzu notwendigen Beitragserhöhung wurde freudig zugestimmt und ausgesprochen, daß man eine Schwächung an Mitgliedern dadurch für ausgeschlossen hält. Außerdem wurde einstimmig erklärt, alle bereits mitarbeiten zu wollen. Nun, Kollegen! Seht eure Worte in Taten um. Sorgt dafür, daß bald auch der letzte Mann wieder unserer Organisation zugeführt wird, damit auch die unhaltbare Lage der Walldheimer Holzarbeiter baldigt eine Aufbesserung erfährt.

Werben (Nur). Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes hat unsere Kollegen auf die Beine gebracht. In der Versammlung vom 15. Januar fehlte fast keiner. Einstimmig wurde die Erhöhung des Beitrages auf 80 Pf. beschlossen. Möge nun die herrschende Begeisterung auch die noch Fernstehenden dem Verbanne zuführen. Nützlich war es, hat doch die Möbelfabrik von Gerling schon 1905 den Kollegen Verbesserungen versprochen, ohne daß man bis heute etwas davon gemerkt hat. Ein Drechsler, der dort mit 40 Pf. Stundenlohn eingestellt worden war, bekam gar bald Afford, bei dem er in fünf Tagen 8 Mk. verdiente. Auf sein Drängen bezahlte dann die Firma noch den gleichen Betrag dazu. Aber auch damit lassen sich in einer Gegend, wo ein Lediger 13 Mk. Kostgeld zahlen muß, noch keine Sprünge machen. Im Betriebe selbst macht die starke Staubentwicklung das Arbeiten direkt gesundheitsschädlich. Staubsaugerapparate gibt es in der Drechslerbude nicht. Auch aus den anderen Betrieben liege sich vieles Derartiges berichten. Hier Besserung zu

schaffen, wird Aufgabe der Organisation sein, der aber damit auch alle Kollegen angehören müssen.

Würzen. In der Generalversammlung am 12. Januar gab der Kollege Sunath den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß im vergangenen Jahre die Arbeitszeit in einigen Werkstätten um 5 Stunden pro Woche vergrößert wurde und somit fast einheitlich 60 Stunden pro Woche beträgt. Beschlossen wurde der Stundenlohn um 2 Pf. bezugl. 1 Pf. erhöht und ein Minimallohn von 82 Pf. bezugl. 80 Pf. festgesetzt. Auch ferner im verflochtenen Jahre die kürzere Pausen für 25jährige Dienstzeit, wobei auch der Kollege Gostelich sein 25jähriges Jubiläum als Kassierer feierte. Für seine treuen Dienste sprach ihm die Versammlung ihren Dank aus. Beschlossen wurde, den Beitrag von 55 Pf. auf 65 Pf. zu erhöhen. Mögen nun alle Kollegen mitarbeiten, unsere Lage den Arbeitern anderer Städte gleichzustellen.

Zehentitz. In der letzten Versammlung wurde das Stoff- und Legierwesen einer Kritik unterzogen. Drechslermeister Schirner hatte einen Kollegen, der außer Kost geben wollte, kurzerhand entlassen. Es wird daher noch einiger Arbeit bedürfen, bis auch hier mit diesem System ganz ausgeräumt ist. In Anbetracht der allgemeinen Situation wurde beschlossen, von den verheirateten Kollegen wöchentlich 25 Pf. von den ledigen 30 Pf. Extrabeitrag zu erheben.

Soyvat. Die hiesigen Kollegen scheinen den Ernst der Situation noch nicht begreifen zu haben. Statt die Versammlungen zu besuchen, jagen viele Vergnügungen, selbst solchen des Flottenvereins, nach. Infolge dieser Laune konnte der Leipziger Schiedspruch von 1908 bis heute noch nicht durchgeführt werden. Heute werden zum Teil niedrige Preise für Arbeiten bezahlt als nach dem alten Vertrag. Soll das besser werden, so müssen sich erst unsere Kollegen reger am Verbandesleben beteiligen.

Storbefehle.

- Konrad Feder, Tischler, 10 Jahre alt, gestorben 5. Dezember 1909 zu Kassel.
- Rudolf Gaitler, Tischler, geboren 4. August 1833 zu Mutschau, gestorben 11. Dezember 1909 zu Dresden.
- Friedrich Blais, Tischler, gestorben 8. November 1909 zu Stuttgart.
- Karl Wiedemann, Klaviaturenmacher, gestorben 10. November 1909 zu Stuttgart.
- David Weimich, Tischler, gestorben 10. Dezember 1909 zu Stuttgart.
- Hermann Funk, geb. 10. Januar 1856 zu Oberhüll, gest. 30. Dezember 1909 zu Forge.
- Karl Lornow gen. Hensel, Tischler, geb. 28. Dezember 1887 zu Stettin, gest. 7. Dezember 1909 ebenda.
- Karl Pohda, Tischler, geb. 28. Juli 1878 zu Dommitzsch, gest. 21. Dezember 1909 zu Leipzig.
- Georg Fischer, Polierer, geb. 10. April 1883 zu Leipzig, gest. 28. Dezember 1909 ebenda.
- Karl Gajplinski, Tischler, geb. 4. März 1865 zu St. Venzl, gest. 16. Dezember 1909 zu Werdohl.
- Georg Ruhlmann, Tischler, geb. 12. Februar 1875 zu Wensfeld, gest. 17. Dezember 1909 zu Mühlhausen i. C.
- Rudolf Herrmann, Schiffbauer, geb. 19. Dezember 1888 zu Merschwitz, gest. 24. Dezember 1909 zu Miesau.
- Emil Burm, Tischler, geb. 6. Januar 1833 zu Königstein, gest. 30. Dezember 1909 zu Wilsdruff.
- Paul Stengel, Storbmacher, geb. 23. November 1858 zu Greiz, gest. 2. Januar 1910 zu Wernburg.
- Ernst Winkler, Maschinenarbeiter, geb. 30. November 1854 zu Gärzdorf, gest. 31. Dezember 1909 zu Rabenau.
- Friedrich Schulze, Stodarbeiter, geb. 8. April 1877 zu Heiligenroda, gest. 5. November 1909 ebenda.
- Georg Schäfer, Tischler, geb. 24. August 1851 zu Kassel, gest. 15. Dezember 1909 ebenda.
- Wilhelm Waara, Tischler, geb. 1. Dezember 1865 zu Wartenstadt, gest. 14. Januar 1910 zu Schneberg.
- Anna Börl, Pinselmacherin, geb. 24. August 1866 zu Oberneustetten, gest. 9. Januar 1910 zu Nürnberg.
- Margarete Leopold, Pinselmacherin, geb. 2. April 1883 zu Großmensefeld, gest. 6. Januar 1910 zu Gerabronn.
- Johann Lang, Wodenleger, geb. 18. Juni 1867 zu Stein, gest. 8. Januar 1910 zu Nürnberg.
- Johann Haus, Tischler, geb. 5. April 1866 zu Dombühl, gest. 11. Januar 1910 zu Nürnberg.
- Anton Rohlfahrt, Schleifer, geb. 24. Mai 1874 zu Nürnberg, gest. 2. Januar 1910 ebenda.
- Louis Waldappel, Tischler, geb. 25. Dezember 1852 in Möllingshain, gest. 10. Januar 1910 zu Heidebau.
- Hermann Seibel, Storbmacher, geb. 23. Januar 1878 zu Jangenberg, gest. 25. Dezember 1909 zu Zeit.
- August Rudolf, geb. 13. Januar 1865 zu Lauban, gest. 9. Januar 1910 zu Deynhausen.
- Reinhard Weßler, Stuhlauer, geb. 23. August 1866 zu Rabenau, gest. 18. Januar 1910 zu Waldheim.

Chreihrem Anker!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Göttingen ist es am 18. Januar in der Neumannschen Holzfabrik zu einem kurzen Streik gekommen. Sämtliche 88 dort beschäftigte Kollegen bis auf einen legten, nachdem ihre im November vorigen Jahres eingereichten Forderungen unbeachtet geblieben waren, auch die bisherigen Verhandlungen nichts Positives zeitigten, die Arbeit nieder. Erst als es so weit gekommen war, war Herr Neumann bereit zu verhandeln. Bewilligt wurden 3 Pf. Lohnzulage bezugl. 1 Pf. sofort, 1 Pf. zum 1. März und der dritte zum 1. Juli dieses Jahres gezahlt wird. Der Minimallohn wird auf 88 Pf. erhöht. Die Arbeit wurde nach halbtägigem Streik wieder

aufgenommen. Pflicht der Kollegen ist es nun, das Erreichte hochzuhalten und auch den letzten und Fernstehenden dem Verband zuzuführen. Aber auch die Kollegen der anderen Werkstätten haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch sie zu den schon vor vier Jahren von der Innung anerkannten Bedingungen arbeiten können. Dann können Submissionsblättern derart, daß das eine Angebot 4600 M. und das andere 6400 M. beträgt, nicht mehr vorkommen. Die auswärtigen Kollegen werden gut tun, Cöthen nicht zu überlaufen, zum mindesten ehe sie hier in Arbeit treten, sich bei der Lokalverwaltung zu melden.

In Langenberg (Meuß) ist der Streik bei der Firma Müldold nach 15wöchiger Dauer aufgehoben worden. Herr Müldold ist es gelungen, eine Anzahl Arbeitswilliger zu finden, allerdings nur junge Burschen und Mädchen; brauchbare Arbeiter sind nur wenige darunter. Von den 50 Streikenden ist keiner abgefallen; zurzeit sind noch zehn Mann am Ort. Die Firma sucht noch fortgesetzt durch Inserate Tischler und Malbaturmacher, doch bleibt der Betrieb für Tischler und Harmonikarbeiter auch weiterhin gesperrt.

In Ludenwäbe dauert der Streik der Holzarbeiter nun schon 20 Wochen. In letzter Zeit wird der Kampf auf beiden Seiten sehr erbittert geführt. Da die Arbeitswilligen sich schämen, allein auf die Straße zu gehen, ist auf Wunsch der Unternehmer Gendarmerie zur Verstärkung der Polizei herangezogen worden, so daß wir jetzt in dem ruhigen Städtchen 20 Sicherheitsbeamte haben. Es ist wirklich ein interessantes Bild, wenn früh, mittags und abends die nützlichen Elemente von und nach ihrer Verhaftung geführt werden. Einige der Straßler haben sogar ihre gute Stube zum Massenquartier für Arbeitswillige eingerichtet. Aber bei all dem Guten, das ihnen geboten wird, gefällt es doch vielen Hausvätern hier nicht einmal, und sie verlassen dann bei Nacht und Nebel den Ort. In Berlin scheint es mit den Anwerbungen Arbeitswilliger nicht mehr zu klappen. Jetzt hat der bekannte Streikbrechermachwerk von Auguste Müller in Landsbeck die Anwerbungen übernommen. Während dort Löhne von 10 Pf. pro Stunde versprochen werden, zahlt man hier den Hausvätern nur 12 bis 15 M. pro Woche. Ein Agent Brünig, der sich hier schon seit einigen Wochen heimlich niedergelassen hat, holt die Angehörigen von Berlin ab. Jetzt sah die Sache bald so aus, als ob es zum Frieden kommen sollte, denn der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates leitete Einigungsverhandlungen ein. Es haben sich fünf Sitzungen stattgefunden, aber die Unternehmer wollten sich bis zum Schluß der letzten Sitzung nicht zu annehmbaren Zugeständnissen bequemen. Nicht einmal die Hauptpunkte des Leipziger Schiedsspruches, der ja verbindlich von den meisten Unternehmen nicht anerkannt wurde, wollten sie befolgen. So werden unsere Kollegen trotz der Polizeifibel und Schläge für ihre gerechten Forderungen weiter kämpfen bis der Sieg unser ist. Nach dem Abbruch der Verhandlungen ist ein beträchtlicher Teil der Ausständigen abgereist. Darin mögen die Kollegen derorts den Bezug für alle Holzarbeiter nach Ludenwäbe streng fernhalten. Die Lokalverwaltungen werden bitten, wenn irgendwo Stellen für Bau- und Möbelmacher, Drechsler, Maschinenarbeiter und Polierer offen sind, Nachricht an uns gelangen zu lassen.

In Schwenningen muß gegenwärtig eine Wirtschaftshauserei herhalten, um den bei der Firma Lauser Ausständigen etwas aus Beleg zu stiften. Der Sachverhalt ist, daß einem Arbeitswilligen bei einer Wirtschaftshauserei in Auge ausgeschlagen wurde; als Täter kommt ein Metallarbeiter in Frage, der dafür zwei Monate Gefängnis erhielt. Der Mann steht aber mit den Ausständigen in gar keiner Beziehung, es ist also gar nicht möglich, inwiefern die ausständigen Schreiner für diese Vorgänge verantwortlich zu machen wären. — Wie sonst gegen die Ausständigen von der Behörde vorgegangen wird, mag der Umstand beweisen, daß während des nun im halben Jahr dauernden Kampfes, an welchem anfangs 10 Mann beteiligt waren, über 60 Anlagen erhoben wurden, von denen einige 40 mit Freisprechungen erblühten, also zu Unrecht erhoben waren. Jetzt ist man dazu übergegangen, den mit der Streikführung betrauten Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, den Kollegen Schönberger, in Haft zu nehmen, ohne daß es uns bisher möglich war, den Grund dieser Inhaftierung ansündig zu machen. Die bestreikte Firma Lauser hofft, daß mit der Verhaftung des Führers der Bewegung das Mißgeschick gesprochen ist; sie mag sich gefast sein lassen, daß solche persönlichen Dinge auf unsere Entscheidungen keinen Einfluß haben. Der Kampf hat eine Lücke gerissen, ein anderer ist in dieselbe gesprungen und bemüht sich, den Schlag auszufüllen.

Ausland.

In Sorgen, Schweiz, wurden am 31. Dezember in der G. G. Möbelfabrik Sorgen-Glarus angeblich wegen Mangel an Arbeit vierzehn Mann gekündigt. Da die Entlassungen den Stamm der dortigen guten Organisation traf — (es sind von rund 300 Holzarbeitern 260 organisiert), so erklärten die Kollegen in den Entlassungen Mahnungen zwecks Vermeidung der verhassten Organisation. Als Antwort erklärten sie sämtliche Arbeitswilligen dieses Geschäftes solidarisch und zeigten die Solidarität in die am 22. Januar abgelaufen ist. Der Abwehrstreik fand die Unterstützung unserer Zentralleitung. Da die Direktion alles daran setzen wird, aus Deutschland Spezialisten für bessere Stühle und Tische heranzuziehen, ersuchen wir unsere deutschen Kollegen dringend, Arbeit nach hier nicht anzunehmen.

31g., Jahrgang 1007, Seite 85 und 92, und Jahrgang 1908, Seite 382.) Es handelt sich um folgende Gelegenheit:

In Hamburg stand 1908 die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Vertragsverhältnis mit der genannten Arbeitgeberorganisation. Die von den Arbeitern durch Arbeitsruhe veranlassete Maisfeier beantworteten die Arbeitgeber durch eine dreitägige Aussperrung, was die Arbeiter veranlaßte, die Wiederaufnahme der Arbeit in 13 Betrieben von einer Lohnaufbesserung von 5 Pf. pro Stunde abhängig zu machen. Zur Durchführung dieses Verlangens wurde über die 13 Betriebe die Sperre verhängt. Die betroffenen Arbeitgeber, respektive der Arbeitgeberverband als Possessor derselben strengte darauf eine Schadenersatzklage in Höhe von vorläufig 6500 M. an, erstens gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, zweitens gegen die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona dieses Verbandes und drittens gegen Adam Neumann, dem damaligen Bevollmächtigten der genannten Verwaltung. Die Zivilkammer VIII des Hamburger Landgerichts kam in der Sitzung vom 2. Februar 1907 zu dem Zwischenurteil, die Klage gegen den Verbandsvorstand und gegen Neumann für begründet zu erklären, die Verwaltung der Zahlstelle Hamburg-Altona aber von der Schadenersatzpflicht freizusprechen. Dieses Urteil ist, soweit es die Verwaltung der genannten Zahlstelle betrifft, rechtskräftig geworden, soweit eine Verurteilung erfolgt, ist Berufung an das hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg eingelegt, das in der Sitzung vom 6. November 1908 den Klageanspruch, soweit er sich gegen den Deutschen Holzarbeiterverband richtete, abwies. Die Klage gegen Neumann wurde in die erste Instanz zurückverwiesen.

Gegen dieses Urteil wurde Revision beim Reichsgericht eingelegt, welches am 20. Dezember vorigen Jahres über den Streitfall verhandelte. Die Urteilsverkündung wurde auf den 20. Januar verschoben. Das an diesem Tage verkündete Urteil geht nun dahin, daß die Revision, soweit sie die Haftbarmachung des Holzarbeiterverbandes verlangt, zurückgewiesen wird. Ebenso ist aber auch die Revision des Kollegen Neumann zurückgewiesen; so daß also dieser für allein haftbar erklärt wird. Zugleich wurde ausgesprochen, daß die weiteren Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden können. Insgesamt kommt hierbei eine Summe von circa 60 000 M. in Betracht. — Wir werden das Urteil demnächst einer näheren Besprechung unterziehen.

Warnung vor Auswanderung nach Brasilien. In der letzten Zeit ist man in den Zeitungen vielfach Berichten über unheimliche Leiden begegnet, welchen deutsche Arbeiter ausgesetzt waren, die sich durch die betrügerischen Versprechungen gewissenloser Werber hatten verleiten lassen, Arbeit beim Bau der Madeira-Mamoré-Bahn in Brasilien anzunehmen. Aber nicht nur beim Bahnbau in den feucht-heißen Fieberkümpfen, wo die betörteten Arbeiter infolge der hohen Lebensmittelpreise bei 15 M. Tagelohn noch Schulden machen müssen und wo sie massenhaft den Gefahren des Klimas erliegen, auch in den Städten ist die Lage der Arbeiter nichts weniger als angenehm.

Ein Kollege, der seit einiger Zeit in Porto Alegre als Stammacher beschäftigt ist, erludt uns, die deutschen Kollegen auf das angelegentlichste vor der Auswanderung nach Brasilien zu warnen. Der Lohn, so schreibt er, ist verhältnismäßig nicht höher, eher schlechter als in Deutschland, dagegen zeichnen sich die Unternehmer durch große Missetat aus. Sie wissen, daß die Arbeiter, wenn sie erst dort sind, so leicht nicht wieder fortkommen, denn die Reise kostet alles in allem etwa 300 M. Das Klima ist sehr ungesund, und nachts kann man sich vor Ungeziefer nicht retten. Exorbitant hoch sind die Preise für die Lebensbedürfnisse. So kostet eine Flasche gewöhnliches Bier 60 bis 60 Pf. Für Nasieren muß 60 Pf. für Haarschneiden 1,25 M. bezahlt werden. Eine Schachtel Streichhölzer kostet 13 Pf., die billigste Zigarre 13 Pf. Anzüge sind doppelt so teuer wie in Deutschland. Für das Befahren von Stiefeln muß 5 M. bezahlt werden. Ein Krug, der in Deutschland 60 Pf. kostet, ist dort nicht unter 2 M. zu haben. Willig ist das Fleisch. Das Pfund Rindfleisch kostet 30 Pf., Schweinefleisch ist etwas teurer. Der gewöhnliche Arbeiter führt ein trauriges Leben, da ihm der Mangel eine schwere Konkurrenz bereitet. Der Schwarzarbeiter ist höchst anspruchslos. Er ist zufrieden wenn er einen Mack und eine Hose besitzt; Werktag wie Sonntag geht er barfuß. Und mit dieser Anpruchslosigkeit der Arbeiter rechnen die Unternehmer, die meist Deutsche sind. — Diese knappe Schilderung dürfte hinreichen, um die Kollegen, die etwa die Absicht haben, nach Brasilien zu gehen, zu veranlassen, sich diesen Schritt recht gründlich zu überlegen. Den Versprechungen der Werbeagenten ist mit ganz besonderem Mißtrauen zu begegnen. Denn wenn die versprochenen Löhne auch dem deutschen Arbeiter ganz mährchenhaft hoch klingen, so darf darüber nicht vergessen werden, daß die notwendigen Ausgaben so hoch sind, daß von dem Lohn nicht viel übrig bleibt, und daß überdies das Klima für den deutschen Arbeiter mörderisch ist.

Gewerkschaftliches.

Krise und Gewerkschaften in Frankreich.
Aus Paris wird uns geschrieben: Die soeben erschienenen Statistiken des französischen Arbeitsamtes über die Streiks in Frankreich im Jahre 1908 zeigt deutlich die Wirkungen der Krise auf die Gewerkschaftsbewegung. Dagegen hilft auch nicht die syndikalistische Taktik, ja man kann im Gegenteil behaupten, daß dadurch die Gewerk-

schaften den Wirkungen der Krise machtloser gegenüberstehen wie starke, mit Unterstützungsrichtungen ausgestattete Zentralorganisationen. Schon aus der Zahl der Streiks und der daran Beteiligten in der nachstehenden Uebersicht ersieht man die Wirkungen der Krise.

	Streiks	Streikende
1904	1 029	271 007
1905	830	177 600
1906	1 809	488 400
1907	1 276	197 861
1908	1 073	90 042

Während die Zahl der Streiks nur wenig unter dem Durchschnitt zurückblieb, was an sich für den Umfang der Lohnkämpfe wenig bedeutet, blieb die Zahl der Streikenden um mehr als 58 Proz. hinter dem Durchschnitt zurück. Vergleicht man das Jahr 1908 nach den Erfolgen der Gesamtheit mit dem Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre, also einschließlich der vorhergehenden Krisenjahre, so ergibt sich trotz der geringen Anzahl der Streikenden eine erhebliche Steigerung der erfolglosen Streiks. In Prozenten umgerechnet, ergibt sich folgendes Verhältnis:

	Streiks	Streikende	1908	1908
1898—1907	22,72	17,24	11,58	20,88
Erfolgreich	39,14	50,20	68,08	47,88
Teilweise erfolgreich	38,14	52,56	25,07	82,62
Erfolglos				

Daß nur starke Organisationen auch in Zeiten der Krise kampffähig bleiben, geht aus der Statistik noch besonders hervor, wenn man sie auf die darin beteiligten Industriegruppen untersucht. An der Spitze stehen die Bauarbeiter, die sich eine verhältnismäßig starke Organisation geschaffen haben, mit 458 Streiks und 88 786 Streikenden. Die Bauarbeiter stellen also allein über ein Drittel der Streikenden und 40 Prozent der Streiks. Nach der Zahl der Beschäftigten gerechnet, stehen an erster Stelle die Steinbrucharbeiter mit 77,08 Streikenden von 1000 Beschäftigten. Es folgen die Bauarbeiter mit 71,13, die Bergarbeiter mit 37,19 und die Arbeiter der Gruppe Steine und Erden mit 33,03 pro 1000 Beschäftigte. Ueber die Beteiligung der verschiedenen Industriegruppen ergibt sich folgendes Bild:

Industriegruppen	Zahl der Streiks	Streikende	Erfolg in Prozenten	
			erfolgr.	teilweise erfolgr.
Landwirtschaft, Fischerei	40	6609	45,28	88,57
Bergbau	65	6705	82,05	41,11
Steinbruch	28	4707	1,58	82,01
Lebensmittelindustrie	14	1420	9,37	5,49
Chemische Industrie	24	1807	20,82	38,44
Poligraphische Verufe	37	1888	18,88	48,91
Leberindustrie	40	8315	7,15	80,00
Textilindustrie	120	10884	13,28	52,90
Bekleidung, Reinigung	21	2598	9,75	57,08
Holzindustrie (Bau)	29	1084	82,13	58,20
Holzindustrie	35	2291	18,51	81,78
Metallfabriken	6	888	8,0	25,77
Metallbearbeitung, gew.	65	5424	7,50	46,41
fein	1	40	—	100,0
Steine und Erden	56	5025	16,80	48,87
Bauindustrie	429	85102	22,02	43,51
Handel und Transport	87	10090	20,15	42,60
Total	1078	99042	20,83	47,05

Aus diesen Ziffern allein läßt sich die Stärke der Organisationen schon abschätzen. Ein vollkommenes Bild würde sich erst ergeben, wenn auch die Bewegungen bezeichnet wären, die ohne Streik beendet wurden, wie auch die Aussperrungen, zu denen die Unternehmer in den letzten Jahren häufiger greifen. Sind die Bewegungen, die ohne Streik beendet wurden, auch in ganzen nicht sehr zahlreich und nur geringfügig im Vergleich zu den deutlichen Gewerkschaften, was sich aus der französischen Taktik und der Schwäche der Organisationen erklärt, so sind sie doch in einzelnen Industrien, z. B. im Buchdruckergewerbe, ziemlich bedeutend und nehmen in anderen Betrieben ständig zu.

In 628 Streiks mit 82 537 Streikenden wurden Lohn-erhöhungen gefordert. Davon hatten vollen Erfolg 21,73 Prozent, teilweisen Erfolg 61,84 Prozent und keinen Erfolg 26,93 Prozent der Streikenden. Arbeitszeitverkürzungen wurden gefordert in 160 Streiks mit 17 186 Streikenden. Davon hatten vollen Erfolg 41,18 Prozent, teilweisen Erfolg 23,99 Prozent und keinen Erfolg 34,83 Prozent der Streikenden. Wie immer, waren die Streiks mit moralischen Forderungen (Entlassung oder Wiedereinstellung von Vorarbeitern oder Arbeitern) sehr zahlreich. Sie umfassen 281 Streiks mit 24 481 Beteiligten. Die durchschnittliche Streikdauer pro Kopf der Streikenden betrug 15 Tage. Als französische Eigenart ist noch zu verzeichnen, daß zwei Produktivgenossenschaften infolge von Streiks gegründet wurden und in 8 Streiks „kommunistische Suppen“ funktionierten, d. h. statt Geldunterstützungen auszugeben, gemeinsame Mahlzeiten organisiert wurden.

Eine zentrale Schlichtungskommission. In einer am 16. November 1908 abgehaltenen Sitzung von Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Prinzipalsorganisation) und des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter ist beschlossen worden, eine permanente Kommission einzusetzen zur Überwachung der Einführung und Durchführung der „Allgemeinen Bestimmungen über Ob-liegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonal in Buchdruckereien und der örtlichen Tarifvereinbarungen“. Die erste Sitzung dieser Kommission am 18. Mai 1909 verlief resultatlos. In der zweiten Sitzung am 11. Dezember gab sich die Kommission eine Geschäftsordnung, in welcher bestimmt ist, daß jährlich mindestens eine Sitzung stattzufinden hat. Gegenstand der Verhand-

Aus der Holzindustrie.

Das Ende des Hamburger Maisfeierprozesses.
Der schon länger als drei Jahre schwebende Prozeß, den der Arbeitgeberverband der Holzindustrie in Hamburg angestrengt hat, ist nunmehr durch ein Urteil des Reichsgerichts entschieden. Wir haben über den Streitfall schon wiederholt berichtet. (Siehe „Holzarb.“

Technisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Der neue Jahrgang führt sich im reich illustrierten Januarheft mit einer Anzahl Abbildungen von recht geschmackvollen Inneneinrichtungen des Berliner Architekten Schneckenberg ein, zu denen Robert Kreuzer den Text schrieb. Von dem übrigen reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Was sagen uns die alten Vorbilder? Von W. L. Langenbrud. Ueber die ästhetischen Grundlagen der Drechslerarbeit. Von Alwin Reihmann. Das Furnieren. Von E. August. Ueber die Dauerarbeiten. Von O. Winkelmüller. (Mit Abbildungen.) Fortschritte auf dem Gebiet der Eichenholzbeizung. Von Chemiker W. Zimmermann. Warum elische Meister die Schulen bekämpfen. Von Robert Kreuzer. Neben diesen größeren Arbeiten enthält das Heft eine Anzahl kleinerer Textbeiträge und eine große Zahl von Originalentwürfen und Konstruktionszeichnungen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Technisches.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Die Mitgliederversammlung findet jeden zweiten Sonntag im Monat, nämlich 1 Uhr statt im Lokal bei Wm. Gilmann, Rosenthaler Straße 10. Eintrittsbeitrag 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends.

Wuppertal. Die Mitgliederversammlung findet jeden Sonntag nach dem ersten und jeden Samstag nach dem fünfzehnten des Monats.

Anzeigen.

Mainz. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Karl Becker, Hintere Meise 48, zu jeder Zeit aus.

Münster. Die zurreisenden Kollegen wollen sich sofort im Lokal zur Besprechung anmelden.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eilmer, Bernmannstr. 22, vom dort Umschauern ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Arbeiterklubhaus, Weststraße 41, ausbezahlt. Am Sonntag abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Zweibrücken. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis im Gasthaus zur Krone, Poststr. Die reisenden Kollegen werden gebeten, das Umschauern zu unterlassen.

Franz Preis Bergarbeiter aus Wien wird um seine Adresse gebeten. Georg Bierling, Bergarbeiter, Bremen, Meinkenstr. 15.

Paul Zietz, Schlichter aus Breslau, wird gebeten, seine Adresse an Gustav Beste, Hamburg, Wandsb. 2 III, einfinden zu wollen.

Paul Truchsess, Schreiner u. Holzschlösser, wird gebeten, seine Adresse zu senden an August Günzlerhauer, Eßlingen a. N., Oberstr. 22.

Paul Backer, Tischler, geb. am 25. Febr. 1876 zu Norden, wird ersucht, seinen Nachnamen in der Postliste Wandsb. zu ändern.

F. Weißbach, Drechsler, geb. am 10. Juli 1880 zu Gorchheim, Bärtenberg, wird ersucht, seine Empfangnahme seines Heberle, seine Adresse zu senden an den Bewahrmann der Postliste Wandsb. H. Greuberg in Amt, Mühlstr. 8.

Wichtig tüchtige und selbständige Kastenmacher

sowie auch tüchtige Helfer stellen noch auf dauernde und lohnende Arbeit ein

Ludwig Kothé & Sohn, Karosserie-Werke, Halle a. Saale.

Tüchtiger durchaus erfahrener Metzger für größere Metzgerei gesucht.

Paul Martin & Frau, Altona-Ottensen, Donnerstr. 10.

Poliermeister für sofort gesucht.

Karl Rogoll Nachf., Stollfabrik, Cassel, Mollstr. 5.

Ich suche per sofort einen Holzschirmer, sowie einen tüchtigen Fräser auf Holzgriffe und einen Weger, der mit dem Gebrauchten von Holzgriffen u. Schüssen bewandert ist. Hoher Lohn und dauernde Stellung.

Karl Breithaupt, Wald, Hgld.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Wie bereits ich mich auf die Meisterprüfung vor? von F. W. Gilmeier, Vorsitzender der Meisterprüfungskommission für das Fürstentum Bippe (Nordbezirk). Verlag von Heinrich Killinger, Leipzig und Nordhausen. Preis kartoniert 1 Mk.

Das Mischlein, das in der Form von Frage und Antwort gekleidet ist, enthält auf knappem Raum alles das, was zur Ablegung der theoretischen Meisterprüfung erforderlich ist. Der erste Teil enthält die Buch- und Rechnungsführung, der zweite die Gesetzeskunde, wobei auch die neu in Kraft getretenen Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb und zum Schutze der Kaufverordnungen mit berücksichtigt sind.

Wichtige Gesetze, Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Maurenbrecher. Drittes Heft. Erzählergeschichte. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Verlag verfolgt mit der Herausgabe dieser Schriften den Zweck, zum geschichtlichen Verständnis der Religion beizutragen, und ist die Lesüre jedem nach Auffklärung Strebenden durchaus zu empfehlen. Preis des Heftes 1 Mk., Vollbandgabe 40 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungspeditionen.

Wichtiges Buch von Otto Mühl. Heft 21 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Preis 50 Pf., Vollbandgabe 20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. G. S. in Hamburg).

Verstärkung.

In der in Nr. 3 vom 15. Januar veröffentlichten „Einnahme in Dezember“ muß es nicht heißen: Altona, Cassel, Hamburg 11, Hamburg IV, Hagen je 330, sondern richtig: Altona, Cassel, Hamburg 11, Hamburg IV je 300, Hagen 330. Ferner fehlen gänzlich in derselben: Bruchsal, Grethen, Hagen, Neu-Jensenburg, Oppau, Pilsa, Wörth je 150, Wübenheim 100 Mk.

Invalidenfonds.

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 1. Juli 1909 bis 15. Januar 1910 folgende Gelder: Augsburg 25 Mk., Berlin A 250, Berlin C 180, Berlin D 810, Berlin E 100, Berlin G 325, Berlin II 150, Berlin J 220, Baumshuldenweg 14,45, Breslau 111,85, Bamberg 26, Böttingen 8, Badnang 25,80, Bellerheim 4, Würfel 21,55, Bünzlau 15,40, Briß 7,25, Altenstadt 8,45, Charlottenburg 10,95, Cölln I 20, Cölln II 77,80, Camstadt 4,50, Cotta 10, Constanz 0,76, Crefeld 0,65, Wenz 80, Düsseldorf (Familienfest) 30, Deuben 4,10, Dresden-Pl. 8,50, Ebersleben 2, Eßlingen 18,60, Eberfeld 150, Erlangen 5, Effen 8,50, Fürth 18, Feuerbach 18,10, Friedrichsfelde 15, Friedland 30, Frankenthal 15, Freiburg i. N. 12, Gera 0,20, Griesheim 2,50, Gevelsberg 10, Gotha 20, Gohlis 20, Gumbelshausen 10, Gr.-Dobritz 12, Herrmannsdorf 5,25, Hamburg-Altona (Festüberschuß) 107,50, Hermsdorf 14,70, Herbede 10, Heß 103,55, Harke 80, Heimpfen 8,50, Jahr 18, Lichtenberg 150, Köblau 14, Leipzig I 15, Ludwigschafen 10, Lindenthal 5, Lorch 20, Mannheim 10, Mühlberg 17, Mülheim a. Rh. 15, Nürnberg 75, Offenbach 84,80, Pieschen 7,50, Pilsnitz 161,51, Pöschel 17, Rißdorf 211,10, Regensburg 10, Ravensburg 6,41, Randerbader 7,70, Reutlingen 5, Schöneberg 55, Schönebeide 10,80, Schwenningen 16, Stuttgart 7, Sangerhausen 7,40, Urach 5, Ulm 18, Wangen 1,80, Weihensee 50, Wiesbaden 4,40, Weiz 4,30, Zell-Weizburg 6, Gebauer-Estherwerda -70, Kassenbestand am 1. Juli 1909: 4540,18 Mk., Summa 8855,78 Mk.

Unterstützung wurde ausbezahlt im gleichen Zeitraum in einem Jahr 10 Mk., in 27 Fällen je 15 Mk., in 86 Fällen je 20 Mk., in 82 Fällen je 25 Mk., in 34 Fällen je 30 Mk. und in 23 Fällen je 35 Mk. Postkosten 15,50 Mk. Gesamtausgabe 8775,60 Mk. Kassenbestand am 15. Januar 1910 demnach 4580,26 Mk.

Allen Gebern besten Dank. Am weitere milde Gaben bittet

H. Gud., Hauptkassierer.

Briefkasten.

Rechnen, J. A. Eine Notiz, die Sie dort am Dienstagabend 9 Uhr zur Post geben, kann doch unmöglich noch in die Nummer vom nächsten Sonntag kommen, da diese doch hier bereits am Dienstagvormittag gedruckt werden muß.

2 Solzdrechsler gesucht von Ludwig Schage, Nemsheid-Saaten. Gelehrter Stoddrechsler als Monteur

für Stöcke und Schirmstöße per sofort gesucht. Starke & Weinreb, Dresden-N. 30.

Tüchtiger Kreisfräser für Horngriffe, sowie gelehrter Monteur gesucht von G. W. Schimmelbusch & Co. Wald (Meklenburg).

Vertführer bei hohem Gehalt Lebensstellung.

Eine große Schirmstofffabrik in Berlin (Abteilung Zellulose) sucht erstklassigen Vertführer. Derselbe muß gelbter Präser, Schmirger sowie Mustermacher sein. Eintritt vor 1. März event. früher. Offerten mit. Chiff. R. F. 191 an die Expedition d. Blg.

Korbmachergehilfen auf Großgeschlagen stellt sofort ein Ernst Köhrbach, Mühlberg a. Elbe.

Tüchtigen Korbmacher auf Meißer und Walschörbe gesucht. Otto Müller, Meerfelden.

Geübte Pfaffaba-Mischer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Gahn & Rheinmeyer, Mannheim.

Beschäftigte in seit ca. 50 J. best. Tischlerei mit 8 Hobeln, nebst 4 Werkz. billigst z. verpachten. Anz. 12-1300 Mk. Off. u. J. H. 5 postl. Weesenaublingen. Gfl. Auftr. erb. freim.

Qualitäts-Marken und Xautschak - Stempel

liefert seit 20 Jahren

Jean Holze & Co. Hamburg, Befendenderhof 70.

Neuen Katalog gratis.

Hobelbänke :: Hobel Montagebänke

alle anderen Holzwerkzeuge offerieren billigst

Gebr. Haase, a. m. b. H., Liegnitz Werkzeugfabrik.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg

Erstklassige Lehranstalt

Kirchenweg 14. Dr. Carl Naibäum.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.

Kursbuch, Lehrmittel, Leihmittel u. Zeichner (Holz- u. Metall). Direkt. Max Gempertsch, Sölkstr. 21c.

Wegen Todesfall in Dresden eine kleine **Polsterwerkstatt** sofort sehr billig zu verkaufen. Offert. mit. K. D. 189 an die Exped. d. Bl.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893, Stadt, Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Holz- und Zeichen-Säle, 22 Werkstätten.

Programme frei.

DIREKTOR BRECHT.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister. Stantlich eubv. Progr. kostenlos

B. Kollmer's Fachschule für Tischler

und für gewerbliches Zeichnen

Exter-Strabe zu Detmold Ecke Grabenstr.

6- und 8-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Prüfungsleistungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion.

D. Kollmer.

Tischler-Fachschule Blankenburg

am Harz

1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Vertführer, Zeichner und Meister, anschließend staatliche Meisterprüfung. Kostenlos Stellenvermittlung. Programm frei.

Direktor Reineking.

Angenehme, gute Griffenz.

Am der Hauptstrabe in bester Lage einer bedeutenden, aufblühenden Industriestadt. **Ladenlokal** (mit oder ohne Wohnung), welches sich für die **preiswert** ist ein **Ladenlokal** Möbelbranche usw. ganz besonders eignet. Lagergebäude ist vorhanden. zu vermieten. Einfahrt mit großem Hofraum und evtl. Lagergebäude ist vorhanden. Konkurrenz ist in der ganz. Gegend nicht vorhanden. Off. u. A. L. 190 an d. Exp. d. Holzarb.-Blg.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem durchgeführten Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstopfpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:

:: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes.

vermeidet Gelauschwizzen, Rissigwerden der Politurdecke, welsse Flecke, sowie Elnschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zapollieren der Poren spritzfähiges Polierpulver (Lackstopfpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend

1 Flasche Marimor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 Patent-Politur zum Reinpollieren

1 allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.

1 allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)

1 Schell- und Polieröl, gelblich

1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“

1 Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marimor-Mono“

1 Bismut-Polierpulver, hellbraun

1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen

1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspollieren & **8 Mark**.

Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattp Sprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beizefel- und Preisverzeichnis über 100 Artikel. Empfohlen und genehmigt beurteilt von Prof. Dr. Meißner-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenzeck-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warimbun, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die konstruktiven Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgeletere der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft, m. b. H. in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.